Landeshauptstadt Hannover - 56.10 - Datum 02.03.2023

Einladung

zur 13. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 16. März 2023, 17.30 Uhr

Achtung: Die Sitzung findet diesmal als Präsenzsitzung im Haus der Religionen, Böhmerstraße 8, 30173 Hannover statt!

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohner*innenfragestunde

3. Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 26.01.2023

4. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes
(Drucks. Nr. 0227/2023)

4.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE PARTEI & Volt zu Drucks. Nr. 0227/2023: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes"
(Drucks. Nr. 0553/2023)

5. Finanzierung der WIR 2.0 Maßnahme „A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung“
(Beschlussdrucksache Nr. 0618/2023)

6. Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte
(Informationsdrucks. Nr. /2023) wird nachgereicht

7. Dokumentation Planspiel "Pimp Your Town!" 2022
(Informationsdrucks. Nr. 0614/2023 mit 1 Anlage)

8. Bericht über den Sachstand der Umsetzung des WIR 2.0-Prozesses

9. Bericht über aktuelle Projekte im Büro für Internationale Angelegenheiten

10. Bericht der Dezernentin

11. Aktuelles

11.1. Bericht zum Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

Onay

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - 56.10 - Datum 03.05.2023

PROTOKOLL

13. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 16. März 2023, Haus der Religionen, Böhmerstraße 8, 30173 Hannover

Beginn	17.30 Uhr
Ende	19.08 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
(Ratsherr Döring)	(FDP)	
(Ratsherr Enders)	(CDU)	
Ratsherr Harrold	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsfrau Kahmann	(CDU)	
Bürgermeister Klapproth	(CDU)	
Beigeordneter Dr. Menge	(SPD)	i.V. Ratsherr Nicholls
Ratsfrau Neveling	(Bündnis 90/Die Grünen)	
(Ratsherr Nicholls)	(SPD)	
Ratsherr Dr. Ramani	(SPD)	
Ratsherr Rinker	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Vögtle	(Bündnis 90/Die Grünen)	

Beratende Mitglieder:

Herr Abdoul	
Herr Dipl.-Ing. Faridi	
(Frau Hanesyan)	
Herr Dr. Hoppe	
Frau Jean	
Frau Jochem	(Bündnis 90/Die Grünen)
(Herr Juraske)	
(Frau Kage)	
Frau Kruse	
(Frau Marinova)	
(Frau Mohammadi)	

Grundmandat:

(Ratsherr Jacobs)	(AfD)
Ratsfrau Zahl	(DIE PARTEI & Volt)
Ratsherr Zingler	(DIE LINKE.)

Verwaltung:

Stadträtin Bruns	Dez. III
Alexander Koop	56
Dr. Bettina Doering	56.1

Daniel Kalifa	56.ADS
Charlotte Becker	56.ADS
Birgit Steckelberg	56.10
Marie Bullet	15.23
Annika Postel	56.10
Theresia Hannig-Schohaus	56.10
Rose Neves	Berichterstattung auf hannover.de

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2.	Einwohner*innenfragestunde
3.	Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 26.01.2023
4.	Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes (Drucks. Nr. 0227/2023)
4.1.	Änderungsantrag der Fraktion DIE PARTEI & Volt zu Drucks. Nr. 0227/2023: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzepte" (Drucks. Nr. 0553/2023)
5.	Finanzierung der WIR 2.0 Maßnahme "A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung" (Drucks. Nr. 0618/2023 mit 1 Anlage)
6.	Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte (Informationsdrucks. Nr. 0695/2023)
7.	Dokumentation Planspiel „Pimp Your Town!“ 2022 (Informationsdrucks. Nr. 0614/2023 mit 1 Anlage)
8.	Bericht über den Sachstand der Umsetzung des WIR 2.0-Prozesses
9.	Bericht über aktuelle Projekte im Büro für Internationale Angelegenheiten
12	Bericht zum Umsetzungsstand des Chancenaufenthaltsrechts in der Landeshauptstadt Hannover
10.	Bericht der Dezernentin
11.	Aktuelles
11.1.	Bericht zum Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde. Er schlägt vor, einen Bericht zum Umsetzungsstand des Chancenaufenthaltsrechts in der Landeshauptstadt Hannover per Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen und nach TOP 9 zu behandeln. Bürgermeister Klapproth schlägt vor, TOP 4 und 4.1 formal zu behandeln, um die Beschlussfassung zu diesen Anträgen zu beschleunigen.

Abstimmung über die Aufnahme eines Berichts zum "Umsetzungsstand des Chancenaufenthaltsrechts in der Landeshauptstadt Hannover" per Dringlichkeit auf die Tagesordnung, aufzunehmen als Tagesordnungspunkt 12, zu behandeln im Anschluss an Tagesordnungspunkt 9.

Einstimmig.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:

Einstimmig

TOP 2.
Einwohner*innenfragestunde

Es sind Einwohner*innen anwesend. Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 3.
Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 26.01.2023

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 4.
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes
(Drucks. Nr. 0227/2023)

formal behandelt

TOP 4.1.
Änderungsantrag der Fraktion DIE PARTEI & Volt zu Drucks. Nr. 0227/2023: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzepte"

(Drucks. Nr. 0553/2023)

formal behandelt

TOP 5.
Finanzierung der WIR 2.0 Maßnahme "A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung" (Drucks. Nr. 0618/2023 mit 1 Anlage)

Ratsfrau Neveling freut sich, dass eine Lösung für die Fortsetzung der „A-Teams“ gefunden worden sei. Sie stimme dem Vorschlag zu. Der peer-to-peer-Ansatz habe sich bewährt. Das Projekt sei unterstützenswert.

Ratsfrau Iri betont, dass es erfreulich sei, wenn sich junge Menschen engagierten. Erkundigen wolle sie sich, wie die Unterstützung der A-Teams in den Schulen längerfristig finanziert werden könne.

Stadträtin Bruns antwortet, dass es seitens der Verwaltung ein Interesse an der längerfristigen Fortführung dieser Arbeit gebe. Dies hänge jedoch vom Haushalt ab.

Ratsfrau Zahl pflichtet den Vorrednerinnen bei und freut sich über die gefundene Lösung.

Ratsherr Harrold schließt sich ebenfalls an und sagt, dass das Netzwerk wichtig sei. An dem Thema Diskriminierung in Bildungseinrichtungen müsse gearbeitet werden und das passiere auch.

Herr Abdoul bedankt sich im Namen des Projektteams für die Weiterfinanzierung der Maßnahme. Da es sich um ein wichtiges Anliegen handele, sei es wichtig, dass es weitergehe.

Herr Koop kündig an, dass er den Wunsch nach Fortführung gerne aufnehme und man prüfen werde, ob für die Fortführung Mittel vorhanden seien.

Bürgermeister Klapproth betont, dass es richtig sei, bei der Antidiskriminierungsarbeit in Bildungseinrichtungen anzufangen. Möglichkeiten für eine weitere Finanzierung sollten geprüft werden.

Einstimmig

TOP 6.
Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte (Informationsdrucksache Nr. 0695/2023)

Ratsfrau Iri begrüßt, dass die Mittel der Integrationsbeiräte zukünftig nicht mehr nur nach Einwohner*innenzahl eines Stadtteils, sondern auch nach Anteil der Einwohner*innen mit Migrationsgeschichte verteilt würden. Die SPD habe mit ihrem Vorschlag richtiggelegen. Der bisherige Verteilungsmodus werde als ungerecht empfunden. Es sei gut, dass man dies nun ändere.

Bürgermeister Klapproth lobt die Drucksache und betont, dass auch die CDU-Fraktion den vorgeschlagenen Modus der Mittelverteilung sinnvoll finde. Es sei eine Neukonzeptionierung der Integrationsbeiräte nötig. Die Einführung eines Sitzungsgeldes für die Mitglieder sei richtig und auch, dass die Vorsitzenden aus den Reihen aller Mitglieder der Integrationsbeiräte gewählt werden könnten. Er frage, wer zukünftig über die Vergabe der Mittel entscheide.

Stadträtin Bruns weist darauf hin, dass eine direkte Entscheidung über die Mittelvergabe durch die Integrationsbeiräte nach wie vor nicht möglich sei.

Frau Dr. Doering erläutert, dass die Integrationsbeiräte weiterhin Vorschläge bezüglich der Mittelvergabe an den Bezirksrat machen könnten. Ein weitergehender Vorschlag diesbezüglich sei aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen nicht aufgenommen worden. Am 6. Mai werde es eine die gemeinsame Konferenz von Delegierten aus allen Integrationsbeiräten geben, sodass eine Beschlussfassung über die Neuausrichtung der Integrationsbeiräte noch vor der Sommerpause möglich sein werde.

Zur Kenntnis genommen

TOP 7.
Dokumentation Planspiel „Pimp Your Town!“ 2022
(Informationsdrucksache Nr. 0614/2023 mit 1 Anlage)

Vorsitzender Bürgermeister Hermann lobt die Aufarbeitung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Er fragt, ob auch die Abstimmungsergebnisse mitgeteilt werden könnten.

Stadträtin Bruns weist darauf hin, dass dies in der Anlage fehle und mit dem Protokoll nachgereicht werde.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.
Bericht über den Sachstand der Umsetzung des WIR 2.0-Prozesses

Frau Steckelberg erläutert anhand einer Powerpointpräsentation, dass ein Monitoringsystem zum WIR 2.0 entwickelt werde, dass Rückmeldung über die Umsetzung der 85 Maßnahmen in Form eines Ampelsystems gebe. Die Farbe Rot weise im Ampelsystem auf Probleme bei der Umsetzung hin. Weiß bedeute, dass die Umsetzung noch nicht gestartet sei. Grün bedeute, dass die Maßnahme bereits umgesetzt worden sei. Der Arbeitsausschuss des WIR 2.0-Kuratoriums habe am 15.3. sieben Anträge für eine Kleinprojekteförderung ausgewählt. 33 Anträge seien insgesamt eingegangen. Der Schwerpunkt liege auf Maßnahmen, die Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften zugutekämen. Als nächste Termine nenne sie die Sitzung des WIR 2.0-Kuratoriums am 12. Mai, den baldigen Start der Kommunikationskampagne und eine weitere Sitzung des WIR 2.0-Arbeitsauschusses Ende Mai, bei der es darum gehe, was bei der Umsetzung noch fehle. Weitere Termine seien am 6. Juni eine Podiumsdiskussion zum Thema Fachkräftesicherung, am 1. September eine Großveranstaltung zu „Anti-Schwarzem Rassismus“ und im Oktober eine Veranstaltung zur Maßnahme „Innovatives und Internationales Wohnen und Zusammenleben in Ankunftsquartieren“. In Zusammenarbeit mit Frau Dr. Mardorf von der Koordinationsstelle Sozialplanung im Dezernat III sei dafür das Ankunftsquartier Mittelfeld ausgewählt worden. In Form einer mehrtägigen Exkursion in den Stadtteil würden die Studierenden Ideen für Ankunftsquartiere entwickeln.

Ratsfrau Iri betont, dass die Stadt beim WIR 2.0 auf einem guten Weg sei. Sie bitte um genauere Informationen zur Podiumsdiskussion zum Thema Fachkräftesicherung und informiere in diesem Zusammenhang, dass die Türkei aktiv Fachkräfte aus Deutschland abwerbe.

Frau Steckelberg erklärt, dass es bei der Veranstaltung um die Frage gehe, wie man Hannover für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv machen könne. Die Veranstaltung sei nicht öffentlich, es würden 50 bis 60 Personen individuell eingeladen. Es gehe auch eine Einladung an die Ratspolitiker*innen. Das Grobkonzept der Veranstaltung werde mit dem Protokoll nachgereicht.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann sagt, dass das Ampelsystem sehr effektiv sei und fragt, ob die Monitoringübersicht vorab zur Sitzung geliefert werden könne, sodass die Ausschussmitglieder die Möglichkeit hätten, bestimmte Projekte für eine Vorstellung in der folgenden Ausschusssitzung auszuwählen. Er weise zudem auf eine Terminkollision am 1. September hin, an diesem Tag gebe es um 16 Uhr auch eine Veranstaltung zum Antikriegstag.

TOP 9.
Bericht über aktuelle Projekte im Büro für Internationale Angelegenheiten

Frau Bullet sagt einleitend, dass sie froh sei, nun regelmäßig im Internationalen Ausschuss über internationale Projekte und Kooperationen berichten zu können. Bezüglich des Erdbebens in der Türkei informiere sie, dass sich der Verein Türkische Gemeinde in Niedersachsen aus der Sachspendensammlung zurückgezogen habe. Man konzentriere sich nun auf ein neues Hilfsprojekt. Im Hinblick auf die Ukraine könne sie berichten, dass der Bürgermeister von Mykolajiw mit einer vierköpfigen Delegation zur Hannover Messe kommen werde. Mykolajiw werde sich am Stand von hannoverimpuls präsentieren. Über das Programm und konkrete Veranstaltungen werde man informieren.

Ratsfrau Iri dankt dem Leiter der Ausländerbehörde dafür, dass vom Erdbeben betroffene Angehörige hannoverscher Bürger*innen Visa erhalten hätten. Es gebe zudem Unterstützung für ein Containerdorf-Projekt in Antakya durch eine hannoversche Initiative. Diese Stadt sei vollständig vom Erdbeben zerstört worden.

Frau Jean berichtet zur Lage nach dem Erdbeben in Syrien, dass es noch nicht möglich, Sachgüter zu liefern, da entweder die Lieferfahrzeuge nicht durchkämen oder die Hilfsgüter beschlagnahmt würden. Positiv sei, dass das Netzwerk der syrischen Vereine nun funktioniere und dass über den Verein Hannover Helps Geld gespendet werden könne.

Ratsherr Harrold sagt, dass er sich freue, dass der Bürgermeister von Mykolajiw nach Hannover kommen werden und dass Hannover die Stadt unterstütze. Er frage, wie die Situation in Blantyre nach dem Zyklon sei.

Frau Bullet antwortet, dass sich die Arbeit des Büros für Internationales im zurückliegenden Jahr stark verändert habe. Es sei nun vor allem Nothilfe angesagt, wofür es aber nur einen begrenzten Handlungsspielraum für Städte gebe. Das von Frau Iri erwähnte Containerdorf sei von der Zivilgesellschaft in Hannover organisiert worden. Das Büro für Internationales könne die zivilgesellschaftlichen Akteure bei ihren Hilfsaktivitäten unterstützen. Zu Malawi können sie berichten, dass der Freundeskreis Malawi im Kontakt sei. Die Hauptstadt des Landes sei stark vom Zyklon betroffen und man prüfe derzeit, was man tun könne.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann betonte, dass die Stadt Hannover im Rahmen der Städtepartnerschaftsarbeit Entwicklungshilfe leisten könne.

Ratsherr Harrold empfiehlt eine Kontaktaufnahme mit dem Auswärtigen Amt, um einen Weg für ein Engagement in Malawi zu finden.

Frau Bullet merkt an, dass es in Krisen eingeübte Akteure gebe, die schnell Hilfe anbieten könnten. Die Landeshauptstadt Hannover könne sinnvoller später bei der Hilfe einsteigen. Eine Möglichkeit sei es, Spendenaufrufe zu starten.

Herr Abdoul fragt, wie es mit den Aktivitäten im Rahmen des Projekts EUROCITIES weitergehe und ob es Pläne gebe für eine weitere Zusammenarbeit und ein städteübergreifendes Jugendprogramm.

Frau Bullet informiert, dass Hannover vor dem Sommer am Jugendprogramm von EUROCITIES teilgenommen habe. Herr Abdoul habe an diesem Programm teilgenommen. Momentan gebe es keine konkreten neuen Informationen oder Planungen seitens der Stadt Hannover.

TOP 12
Bericht zum Umsetzungsstand des Chancenaufenthaltsrechts in der Landeshauptstadt Hannover

Vorsitzender Bürgermeister Hermann dankt dem Leiter des Bereichs Standesamt und Staatsangehörigkeit, Ingo Dietz, für dessen Bereitschaft im Internationalen Ausschuss zu berichten.

Herr Dietz informiert, dass er seit Oktober 2022 den Bereich Standesamt und Staatsangehörigkeit leite. Zuvor sei er bei der Landesaufnahmebehörde beschäftigt gewesen. Er wolle im Folgenden über die Herangehensweise der Ausländerbehörde bei der Umsetzung des Chancenaufenthaltsrechts berichten. Das neue Gesetz ermögliche Menschen, die im Besitz einer Duldung seien, während des 18-monatigen Chancen-Aufenthaltsrecht die Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Antragsberechtigt sei, wer unter anderem, mindestens fünf Jahre in bestimmten Formen der Duldung gewesen sei und keine Straftaten begangen habe, die ein Strafmaß von maximal 50 Tagessätzen überschritten. Das Gesetz wirke auf den ersten Blick sehr einfach, sei aber in der Umsetzung kompliziert. Probleme gebe es bei der Frist, wenn die Person mehr als drei Monate ausgereist gewesen sei, denn dann beginne die 5-Jahres-Frist von Neuem. Ziel des Gesetzes sei es, Menschen aus der Situation der Ketten-Duldungen herauszuholen und mittelfristig eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 a oder 25 b erreichbar zu machen. Zunächst habe die Ausländerbehörde grob geschaut, für welche der dort registrierten Einwohner*innen das Chancenaufenthaltsrecht in Betracht kommen könne. Die identifizierten ca. 1.200 Personen seien mit einem Anschreiben kontaktiert worden, das den Zugang zu weiteren Informationen über einen QR-Code enthalte. Über den QR-Code gelange man auf ein Tool, in dem man seine E-Mailadresse und Handynummer hinterlegen könne. Im Vorfeld der Aktion habe es eine gute Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Digitalisierung bei der Landeshauptstadt Hannover gegeben. Bislang sei die hannoversche Ausländerbehörde die einzige in Deutschland, die ihre Kund*innen proaktiv zum Chancenaufenthaltsrecht angeschrieben habe. Ab dem Datum der Antragstellung laufe eine 18-Monats-Frist. Bislang seien ca. 700 Rückmeldungen eingegangen. Der QR-Code könne auch mehrfach aktiviert werden. Unter den Rückmeldungen befänden sich ca. 550 Personen, denen aufgrund der Voraufenthaltszeiten und der Erfüllung weiterer Bedingungen eine Einladung per Mail zugesandt worden sei. Dieser Mail sei der Antrag in deutscher und englischer Sprache sowie ein Formular für ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung beigefügt. Es habe sich somit ungefähr die Hälfte der kontaktierten Personen zurückgemeldet. Ein möglicher Grund, warum es bislang nicht mehr Rückmeldungen gegeben habe, seien möglicherweise Sprachschwierigkeiten. Ein zweites, mit Unterstützung von 56.1 empathischer formuliertes Anschreiben sei ebenfalls herausgegangen. Nach der tatsächlichen Antragstellung sei ein Beratungstermin bei der

Fachstelle für Migrationsberatung (56.13) vorgesehen. Diese berate die Antragsteller*inne, was genau für die Erlangung einer sich anschließenden Aufenthaltserlaubnis in den Bereichen Arbeit, Spracherwerb und Identitätsklärung notwendig sei. Aufwendig sei die Prüfung der Voraufenthaltszeiten und möglicher Strafen. Bislang ergebe sich durch das gewählte Verfahren noch nicht die Entlastung, die man sich erhofft habe. Die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde seien jedoch sehr motiviert und meldeten sich freiwillig für die zusätzlichen Terminspuren.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann äußert, dass die dezernatsübergreifende Zusammenarbeit sehr erfreulich sei und dankt für die offensive Haltung, mit der man auf die Menschen zugehe. Es sei nicht einfach, jahrelang mit Duldungen zu leben. Hannover sei mit dieser Maßnahme ein guter Vorreiter für weitere Kommunen. Er frage, ob man dies mit dem vorhanden Personal umsetzen könne.

Herr Dietz antwortet, dass es sich erst einmal um Mehrarbeit handele und noch unklar sei, wie sich die Situation weiterentwickle.

Ratsherr Harrold kritisiert, dass das Gesetz an dieser Stelle das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verlange, was von hier geborenen Deutschen nicht verlangt werde. Dies stelle aus seiner Sicht eine Stigmatisierung dar, auch wenn es selbstverständlich sein solle, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Er frage, ob Einwohner*innen auch weiterhin aktiv angesprochen würden, da einige Personen durch das Raster gerutscht seien und es auch laufend Zuzüge gebe.

Ratsfrau Zahl dankt für die Präsentation und das proaktive Vorgehen. Sie frage, wie es sich erkläre, dass sich nicht alle Angeschriebenen zurückgemeldet hätten.

Herr Dietz räumt ein, dass man dies nicht wisse. Geplant sei die im Anschreiben verwendeten Sprachen auf sechs Sprachen zu erweitern. Der Brief sei im Übrigen in Behördensprache geschrieben und somit nicht barrierefrei. Es gebe sicherlich auch einige Personen, die diesen Antrag nicht stellen wollten. Die Ausländerbehörde plane noch weitere proaktive Anschreiben in viel größerem Umfang und hoffe dann auf eine bessere Rücklaufquote.

Frau Jean berichtet, dass das Anschreiben bei den Betroffenen sehr gut ankomme und die Menschen sich gerne beraten ließen. Sie frage, wann das Aufenthaltspapier zugestellt werde. Eine rasche Zustellung sei wichtig, damit die Zeit gut genutzt werden könne, insbesondere im Hinblick auf den Spracherwerb.

Herr Dietz informiert, dass der Aufenthaltstitel mit der Post komme. Vorab erhielten die Personen jedoch bereits eine Bescheinigung, in der stehe, dass die Bedingungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vorlägen. Mit dieser Bescheinigung dürfe man bereits eine Arbeit aufnehmen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Es sei wichtig, dass die Zeitspanne der 18 Monate nicht verkürzt werde.

Ratsfrau Neveling weist daraufhin, dass die Antragstellung nicht vom Erhalt des Anschreibens abhängig sei.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bittet darum, dass Anschreiben den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis zukommen zu lassen.

TOP 10.
Bericht der Dezernentin

Frau Bruns erteilt zunächst Frau Dr. Doering vom Bereich Einwanderungsstadt Hannover das Wort.

Frau Dr. Doering nimmt Bezug auf den Bericht von Herrn Dietz und informiert, dass die Ausländerbehörde die Sprache der Einwohner*innen nicht erfasse, sondern nur die Nationalitäten. Man arbeite bei dem Thema im Übrigen auch eng mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat zusammen, um die Übersetzungen in die verschiedenen Sprachen umzusetzen. Sie halte es für gut, sich bereits vor der Antragstellung beraten zu lassen, um den Personen so die Angst zu nehmen, dass sie bei Zurückmeldung möglicherweise eine Abschiebung riskierten. Auch falsche Identitätsangaben könnten möglicherweise davon abhalten, einen Antrag zu stellen. Der Beratungsbedarf sei wahrscheinlich größer und ein Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden hinsichtlich der Beratung zum Chancenaufenthaltsrecht angebracht. Ein wichtiges Thema sei dabei auch, wie die Betroffenen innerhalb der 18 Monate die Voraussetzungen für die Erteilung einer AE erreichen könnten. Hierfür müssten ausreichend Sprachkurse vorgehalten werden und mit dem Jobcenter bezüglich der Arbeitsaufnahme zusammengearbeitet werden.

Frau Bruns berichtet, dass es in der Nachfolge der Koordinierungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine eine neue Stabsstelle gebe, die bei der Fachbereichsleitung Gesellschaftliche Teilhabe angesiedelt sei. Eine der anstehenden Aufgaben sei die Weiterentwicklung des Unterbringungskonzepts. Ab dem 1.4.2023 werde die Stabsstelle vollumfänglich besetzt und arbeitsfähig sein. Mit Mitteln des Verwaltungsmodernisierungsfonds werde ein System zur Erfassung der Belegung der Unterkünfte entwickelt, das für einen schnelleren und aktuelleren Überblick sorgen solle. Des Weiteren könne sie berichten, dass der gesamte Fachbereich 56 an einem gemeinsamen Standort zusammenziehen werde. Am Standort Leinstraße arbeite bereits jetzt der Bereich 56.3 Soziale Hilfen in der Wohnungslosigkeit. Längerfristig werde für den gesamten Fachbereich ein neues Gebäude gesucht. Informieren können sie des Weiteren, dass es in der Kirchhorster Straße 65 eine neue Flüchtlingsunterkunft gebe. Zukünftig werde man wieder zur Eröffnung von Unterkünften einladen.

TOP 11.
Aktuelles

TOP 11.1.
Bericht zum Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

Frau Jochem informiert, dass im Februar die 126. Plenarsitzung des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) in Emden stattgefunden habe. Die Delegierten seien dort sehr freundlich aufgenommen habe und es habe Geschenke seitens der Stadt gegeben sowie ein Grußwort des Oberbürgermeisters. Das inhaltliche Thema am ersten Sitzungstag sei „Gesundheitliche Risiken und Folgen von Rassismus und Diskriminierung“ gewesen. Der neue niedersächsische Gesundheitsminister Philippi habe unter anderem in seinem Statement gefordert, dass es mehr Sprachmittler*innen im Gesundheitsbereich geben müsse. Allzu oft übersetzten die Kinder bei Arztbesuchen der Eltern, was nicht gut sei. Am Abend habe es auf Einladung des Emdener Oberbürgermeisters ein Empfang mit Abendessen für die Mitglieder des NIR gegeben.

Herr Abdoul ergänzt, dass Minister Philippi die Entwicklung einer neuen Strategie des Gesundheitsministeriums zum Thema „Rassismus im Gesundheitswesen“ angekündigt habe. Es handle sich um ein relevantes Thema, auch für den Ausschuss. Es gebe in diesem Bereich viele falsche Vorstellungen. So werde beispielsweise in den deutschen Lehrwerken zu Hauterkrankungen regelmäßig von weißer Haut ausgegangen.

Frau Jean fährt ergänzt, dass es am zweiten Tag der Plenarsitzung in Emden im internen Teil um die Strukturen und die Satzung des NIR gegangen sei. Es seien neue Vertreter*innen für verschiedene Landesgremien gewählt worden, sodass die Gremienvertretungen nun von Vorstandsmitgliedern wahrgenommen würden. Es werde aktuell ein neuer Träger für den NIR gesucht. Bis Ende 2023 nehme diese Aufgabe noch der Bildungsverein wahr. Am 11. und 12. Juni finde in Hannover die 127. Plenarsitzung des NIR statt. Im öffentlichen Teil am Samstag finde eine Fachtagung zum Thema „Queeres Leben für BIPoC und Menschen mit Fluchtgeschichte“ statt. Das Mitglied des Bundestages, Anke Henning aus Osnabrück, sei Teil des Podiums. Weitere Informationen kämen in Kürze.

Ratsfrau Neveling fragt, ob der Internationale Ausschuss nun nur noch in Präsenz tage.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bestätigt dies.

Ratsfrau Iri bittet um Zusendung der Einladung zur NIR-Sitzung.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 19:08 Uhr.

Stadträtin Bruns Hannig-Schohaus (für das Protokoll)

Anlage 3 Protkoll AInternational 16.03.2023 Präsentation ChAR.pdf

Anlage 2 Protkoll AInternational 16.03.2023 WIR2.0_Kurzbericht.pdf

Anlage 1 Protokoll AInternational 16.03.2023_Protokoll Pimp Your Town! Hannover 2022.pdf

Protokoll

Zur fiktiven Sitzung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover
im Planspiel Pimp Your Town!

Ort der Sitzung: Rathaus der Landeshauptstadt Hannover

Datum der Sitzung: 06. September 2022

Uhrzeit der Sitzung: 14:15 Uhr

TAGESORDNUNG:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

II. ANTRÄGE

1	zu **Mehr Schwimmbäder** Abstimmungsergebnis: **17** Ja **I 3** Nein **I 0** Enthaltungen	✓
2	zu **Mehr Sitzbänke** Abstimmungsergebnis: **50** Ja **I 0** Nein **I 1** Enthaltungen	✓
3	zu **Mehr Trinkmöglichkeiten (kostenlos)** Abstimmungsergebnis: **32** Ja **I 5** Nein **I 14** Enthaltungen	✓
4	zu **Mehr Pumptracks /Skaterbahnen** Abstimmungsergebnis: **4** Ja **I 7** Nein **I 9** Enthaltungen	✗
5	zu **Outdoor-Fitness-Geräte** Abstimmungsergebnis: **13** Ja **I 0** Nein **I 5** Enthaltungen	✓
6	zu **Mehr Sitzflächen mit Handyladem öglichkeiten im ÖPNV** Abstimmungsergebnis: **9** Ja **I 8** Nein **I 1** Enthaltungen	✓
7	zu **Mehr Mülleimer** Abstimmungsergebnis: **48** Ja **I 0** Nein **I 3** Enthaltungen	✓

PIMP your town!

Protokoll

Zur fiktiven Sitzung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover
im Planspiel Pimp Your Town!

8	zu **Mehr Fußballplätze** Abstimmungsergebnis: **13** Ja **I 2** Nein **I 3** Enthaltungen	✓
9	zu **Bessere Sicherheit für Schüler*innen im Straßenverkehr.** Abstimmungsergebnis: **6** Ja **I 3** Nein **I 9** Enthaltungen	✓
10	zu **Mehr Zebrastreifen** Abstimmungsergebnis: **41** Ja **I 0** Nein **I 10** Enthaltungen	✓
11	zu **Mehr Skateboard-Parks** Abstimmungsergebnis: **0** Ja **I 15** Nein **I 3** Enthaltungen	✗
12	zu **Bessere Böden auf den Radwegen und auf der Straße** Abstimmungsergebnis: **13** Ja **I 0** Nein **I 5** Enthaltungen	✓
13	zu **Mehr Kunstrassen-Fußballplätze** Abstimmungsergebnis: **13** Ja **I 2** Nein **I 3** Enthaltungen	✓
14	zu **Straßenbeleuchtung verbessern** Abstimmungsergebnis: **27** Ja **I 5** Nein **I 19** Enthaltungen	✓
15	zu **Bessere bzw. mehr Markierungen für Sehbehinderte** Abstimmungsergebnis: **49** Ja **I 0** Nein **I 2** Enthaltungen	✓
16	zu **Mehr große Fahrradwege** Abstimmungsergebnis: **6** Ja **I 7** Nein **I 3** Enthaltungen	✗
17	zu **Umweltschutz** Abstimmungsergebnis: **9** Ja **I 4** Nein **I 3** Enthaltungen	✓
18	zu **Mehr Bäume am Straßenrand** Abstimmungsergebnis: **35** Ja **I 1** Nein **I 15** Enthaltungen	✓
19	zu **Billigere Straßenbahntickets** Abstimmungsergebnis: **6** Ja **I 6** Nein **I 4** Enthaltungen	✗
20	zu **Wasserspender** Abstimmungsergebnis: **37** Ja **I 9** Nein **I 5** Enthaltungen	✓
21	zu **Klimakrise in Schulen mehr thematisieren** Abstimmungsergebnis: **8** Ja **I 1** Nein **I 7** Enthaltungen	✓

PIMP your town!

Protokoll

Zur fiktiven Sitzung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover
im Planspiel Pimp Your Town!

22	zu **Weniger Autos** Abstimmungsergebnis: **4** Ja **I 10** Nein **I 2** Enthaltungen	✗
23	zu **Sauberes Wasser** Abstimmungsergebnis: **4** Ja **I 10** Nein **I 2** Enthaltungen	✗
24	zu **Mehr Hundewiesen** Abstimmungsergebnis: **14** Ja **I 2** Nein **I 0** Enthaltungen	✓
25	zu **Mehr Natur** Abstimmungsergebnis: **28** Ja **I 0** Nein **I 23** Enthaltungen	✓
26	zu **Kostenlose E-Roller** Abstimmungsergebnis: **2** Ja **I 13** Nein **I 1** Enthaltungen	✗
27	zu **Abschaltzeit für Leuchtreklame** Abstimmungsergebnis: **6** Ja **I 9** Nein **I 1** Enthaltungen	✗
28	zu **Mehr Kleingärten** Abstimmungsergebnis: **29** Ja **I 0** Nein **I 22** Enthaltungen	✓
29	zu **Blumenbeet** Abstimmungsergebnis: **32** Ja **I 0** Nein **I 19** Enthaltungen	✓
30	zu **Kampagne für die Umwelt** Abstimmungsergebnis: **12** Ja **I 0** Nein **I 39** Enthaltungen	✓
31	zu **Mehr Unterkünfte für Flüchtlinge** Abstimmungsergebnis: **19** Ja **I 0** Nein **I 0** Enthaltungen	✓
32	zu **Verbesserung des Jugendzentrum Misburg** Abstimmungsergebnis: **34** Ja **I 6** Nein **I 11** Enthaltungen	✓
33	zu **Günstiger ÖPNV** Abstimmungsergebnis: **10** Ja **I 32** Nein **I 9** Enthaltungen	✓
34	zu **Mehr Kindergärten** Abstimmungsergebnis: **17** Ja **I 0** Nein **I 2** Enthaltungen	✓
35	zu **Mehr Obdachlosenunterkünfte** Abstimmungsergebnis: **37** Ja **I 0** Nein **I 14** Enthaltungen	✓

PIMP your town!

Protokoll

Zur fiktiven Sitzung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover
im Planspiel Pimp Your Town!

36	zu **Ausstattung im Krankenhaus** Abstimmungsergebnis: **34** Ja **I 5** Nein **I 12** Enthaltungen	✓
37	zu **Mehr Krankenhäuser** Abstimmungsergebnis: **29** Ja **I 7** Nein **I 15** Enthaltungen	✓
38	zu **Eine neue Schülerfirma** Abstimmungsergebnis: **4** Ja **I 11** Nein **I 4** Enthaltungen	✗
39	zu **Löhne erhöhen wegen der Inflation** Abstimmungsergebnis: **5** Ja **I 9** Nein **I 5** Enthaltungen	✗
40	zu **Mehr Einrichtungen für behinderte Menschen!** Abstimmungsergebnis: **41** Ja **I 2** Nein **I 8** Enthaltungen	✓
41	zu **WLAN in der Stadt** Abstimmungsergebnis: **8** Ja **I 8** Nein **I 3** Enthaltungen	✗
42	zu **Schulen fördern** Abstimmungsergebnis: **6** Ja **I 6** Nein **I 7** Enthaltungen	✗
43	zu **Mehr Einrichtungen für obdachlose Menschen** Abstimmungsergebnis: **17** Ja **I 0** Nein **I 2** Enthaltungen	✓
44	zu **Schulen mit iPads** Abstimmungsergebnis: **10** Ja **I 2** Nein **I 7** Enthaltungen	✓
45	zu **Mehr direkte Demokratie** Abstimmungsergebnis: **10** Ja **I 8** Nein **I 1** Enthaltungen	✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 1

Mehr Schwimmbäder

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr und größere Schwimmbäder in Hannover gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wir stellen den Antrag, weil es wenige Schwimmbäder gibt und viele in der Umgebung schwimmen lernen möchten und keinen Schwimmbäder in der Nähe haben.

Jurij,Maxi

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 2

Mehr Sitzbänke

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Sitzbänke gebaut werden

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Besonders in diesen Vierteln/Stadtteilen: Misburg, Bootfeld, Kröpcke, Steintor, Aegi, Roderbruch

Im Rat: Bänke an Nebenstraßen, nicht an Hauptstraßen

Begründung
Ältere Leute können sich dort hinsetzen und eine Pause machen. Jugendliche können dort besser chillen, als zum Beispiel auf Spielplätzen. Die Bänke sollen an Haupt- und Nebenstraßen gebaut werden.

Matti

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

50 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 3

Mehr Trinkmöglichkeiten (kostenlos)

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr kostenlose Trinkmöglichkeiten in ausgewählten Gebieten gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Orte wie Kröpcke, Aegi, Hauptbahnhof, Opernplatz

Im Rat:

Begründung
Dieses Thema ist wichtig, weil viele Menschen im Sommer dehydrieren und sich möglicherweise verletzen könnten. Das Problem könnte gelöst werden, indem zum Beispiel Trinkbrunnen gebaut werden.

Eileen

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

32 Ja / 5 Nein / 14 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 4

Mehr Pumptracks /Skaterbahnen

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass in den Stadtteilen Ledeburg - Stöcken mehr Pumptracks/Skaterbahnen gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Im Stadtteil Ledeburg -Stöcken gibt es viele Kinder, die gerne skaten oder Fahrrad fahren. Z.B.: Stöckener Wald gibt es sehr viel Platz und nichts zum Skaten. Man muss weit fahren, um skaten zu können.

Lennox & Julian

Abstimmung im Ausschuss:

4 Ja / 7 Nein / 9 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 5

Outdoor-Fitness-Geräte

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Outdoor-Fitness-Geräte gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Kein Mindestalter, Geräte verletzungsfrei

Im Rat:

Begründung
Man bleibt fit und das ist gut für die Gesundheit. Menschen können ihre Leidenschaft ausüben. Es gibt kein Mindestalter, um dort zu trainieren. Man kann kostenfrei Sport treiben.

Owais

Abstimmung im Ausschuss:

13 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 6

Mehr Sitzflächen mit Handylademöglichkeiten im ÖPNV

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass im ÖPNV Lademöglichkeiten neben den Sitzen angebracht werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: ÖPNV in ZUKUNFT mit Lademöglichkeiten

Im Rat:

Begründung
Es wäre komfortabel, wenn man sein Handy oder andere elektronische Geräte außerhalb der Wohnung aufladen könnte. Der ÖPNV wäre eine sehr gute Option dafür.

Dzenita

Abstimmung im Ausschuss:

9 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 7

Mehr Mülleimer

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Mülleimer gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Mülleimer sollen öfter geleert werden

Im Rat:

Begründung
Weil manche Mülleimer zu voll sind und da kein Müll mehr rein passt. Bei manchen Stellen gibt es gar keine Mülleimer und man könnte sie gebrauchen.

Maryam und Melisa Ayse

Abstimmung im Ausschuss:

16 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

48 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 8

Mehr Fußballplätze

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Fußballplätze gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Damit Kinder ihre Leidenschaft ausleben und ihren Sport betreiben können. Manche Kinder haben einen weiten Weg zu bestehenden Fußballplätzen. Wenn es mehr Plätze gibt, müssen die Kinder nicht so weit fahren.

Luka, Ezzeldin

Abstimmung im Ausschuss:

13 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag

Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 9

Bessere Sicherheit für Schüler*innen im Straßenverkehr.

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass Grundschüler*innen Warnwesten und ein Unterrichtsfach zur sicheren Orientierung im Straßenverkehr bekommen.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Viele Kinder wissen nicht, wie man sich im Straßenverkehr verhalten soll. Dieser Vorschlag soll dazu dienen, dass sich die Schüler*innen im Verkehr beteiligen können.

Elena

Abstimmung im Ausschuss:

6 Ja / 3 Nein / 9 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 10

Mehr Zebrastreifen

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Zebrastreifen in Hannover gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: An Altenheimen, Schulen, Krankenhäusern & verlängerte Ampelphasen

Im Rat: Besonders an pädagogischen Einrichtungen und Altenheimen

Begründung
Es würde den Verkehr für Fußgänger sehr erleichtern und vielleicht Komplikationen mit ausfallenden Ampeln mindern.

Sayan , Moritz

Abstimmung im Ausschuss:

9 Ja / 2 Nein / 7 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

41 Ja / 0 Nein / 10 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 11

Mehr Skateboard-Parks

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Skateboard-Parks gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Mann muss weit fahren, um zu einem Skatepark zu gelangen, deswegen wäre es gut, in jedem Stadtteil einen zu haben. Es ist auch ein guter Platz, um sich mit Freunden zu treffen, da Spielplätze altersbegrenzt sind.

Viola

Abstimmung im Ausschuss:

0 Ja / 15 Nein / 3 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 12

Bessere Böden auf den Radwegen und auf der Straße

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass die Radwege an unebenen Stellen repariert werden oder neue gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Flache Radwege sind sicherer für Radfahrer. In Hannover gibt es zum Beispiel Stellen, an denen die Radwege nicht sehr eben sind. Dies stellt eine Gefahr für Radfahrer da.

Eileen

Abstimmung im Ausschuss:

13 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 13

Mehr Kunstrassen-Fußballplätze

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr Kunstrasen-Fußballplätze gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Nur noch Rasen (kein Kunstrasen)

Im Rat:

Begründung
Viele Menschen verletzten sich wegen der Steinfußballplätze, deswegen wäre es sinnvoller, 5 bis 10 Kunstrasen-Fußballplätze zu bauen. Es würden viel weniger Verletzte geben.

Osama,Eden

Abstimmung im Ausschuss:

13 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 14

Straßenbeleuchtung verbessern

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass die Straßenbeleuchtung verbessert wird.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Mehrere Lampen haben einen Schaden oder funktionieren nicht. Mehr Lampen bedeuten ein höheres Sicherheitsgefühl für die Leute, die draußen abends unterwegs sind. Es sollte mehr Beleuchtung bei den Gehwegen oder Straßen geben. Die nachtblinden Leute können dadurch viel besser sehen.

Luca

Abstimmung im Ausschuss:

15 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

27 Ja / 5 Nein / 19 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

❒ TOP 15

Bessere bzw. mehr Markierungen für Sehbehinderte

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Markierungen an den Kanten von Straßen oder Treppen angebracht werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Es wäre viel einfacher für Sehbehinderte, wenn an Straßenrändern und an den Treppen Markierungen angebracht werden. Ohne diese wäre es für Sehbehinderte viel schwieriger, sich am Straßenverkehr zu beteiligen.

Daniel

Abstimmung im Ausschuss:

12 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

49 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 16

Mehr große Fahrradwege

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr und größere Fahrradwege gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Es soll mehr und größere Fahrradwege geben, weil dann mehr Menschen angeregt werden Fahrrad zu fahren, damit nicht mehr so viele Autos die Umwelt verschmutzen.

Marlene und Fay

Abstimmung im Ausschuss:

6 Ja / 7 Nein / 3 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 17

Umweltschutz

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass alle Schulen an einem Müllsammel-Wettbewerb teilnehmen. Jeder ist verpflichtet, einmal im Monat den Ort (z.B. Straßen und Parks)sauber zu machen.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Damit der Ort sauberer ist und die Tiere gesünder leben.

Ghina

Abstimmung im Ausschuss:

9 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 18

Mehr Bäume am Straßenrand

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass an Verkehrswegen Bäume gepflanzt werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wir als Fraktion wünschen uns, dass Bäume an Straßenrändern gepflatzt werden, um einen naturellen Eindruck zu erschaffen und damit die Bäume die umliegende Luft reinigen.

David

Abstimmung im Ausschuss:

15 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

35 Ja / 1 Nein / 15 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 19

Billigere Straßenbahntickets

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass billigere Straßentickets verkauft werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Das Thema ist wichtig, weil manche Leute keine Autos haben und sich vieles nicht leisten können und es ihre einzige Chance ist, weit zu reisen. Es sollte diesmal wieder so etwas wie das 9-Euroticket geben, vielleicht jetzt sogar für zwei Monate.

Rozi, Joline

Abstimmung im Ausschuss:

6 Ja / 6 Nein / 4 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 20

Wasserspender

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr Wasserspender in Schulen, Parks, auf Spielplätzen, in Unis und Hochhaussiedlungen gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wenn Leute Durst haben und draußen sind können sie jederzeit trinken.

Özge

Abstimmung im Ausschuss:

12 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

37 Ja / 9 Nein / 5 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 21

Klimakrise in Schulen mehr thematisieren

Beschlussvorschlag
Der Rat Möge beschließen, dass in Schulen die Klimakrise mehr thematisiert wird.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Schulische Veranstaltung zur Information fördern

Im Rat:

Begründung
Diesen Beschluss wünschen wir uns, um für ein besseres Verständnis und ökologisches Verhalten bei jüngeren Menschen zu sorgen. Wir wollen die Jugend für ein umweltbewussteres Verhaltenen sensibilisieren.

David

Abstimmung im Ausschuss:

8 Ja / 1 Nein / 7 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 22

Weniger Autos

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es autofreie Tage geben sollte.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Autofreie Sonntage

Im Rat:

Begründung
Es ist wichtig für die Umwelt, denn Autos verbreiten viel Gas und das ist schädlich. Ein Grund ist auch Stau. Es stört den Verkehr weil es zu viele Autos gibt.

Minh–Tri, Maxim

Abstimmung im Ausschuss:

4 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 23

Sauberes Wasser

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es in den Schulen und Schul-WCs sauberes Wasser geben soll.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Die Hygiene soll auch beim Wasser vorhanden sein.

Rogesch

Abstimmung im Ausschuss:

4 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 24

Mehr Hundewiesen

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Hundewiesen gebaut werden sollen.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wir stellen diesen Antrag, da es viel zu wenig Möglichkeiten gibt, wo Hunde spielen können und generell sind diese Flächen auch viel besser für die Umwelt.

Joy

Abstimmung im Ausschuss:

14 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 25

Mehr Natur

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr Natur gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Stadtverwaltung soll Erhalt und Ausweitung von Grünflächen fördern

Im Rat: Statt Natur: Grünflächen

Begründung
Für unsere Gesundheit. Für die Schönheit, damit es schön ist. Für die Tiere, weil Tiere manche Pflanzen essen. Für die Kinder, weil Kinder Pflanzen sammeln mögen.

Emily,Nicoline

Abstimmung im Ausschuss:

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

28 Ja / 0 Nein / 23 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 26

Kostenlose E-Roller

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass für alle unter 25 Jahren und Studenten kostenlose E-Roller zur Verfügung stehen.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Anstatt kostenlos günstigere Leihalternativen

Im Rat:

Begründung
Damit man auf Autos verzichtet und kein Benzin verbraucht. Es ist sehr klimaneutral.

Sarina

Abstimmung im Ausschuss:

2 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 27

Abschaltzeit für Leuchtreklame

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass Leuchtreklamen ab einer bestimmten Uhrzeit ausgeschaltet werden, z.B. um 1:40 Uhr.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wir stellen den Antrag, weil die Leuchtreklamen viel Strom ziehen. Das ist nicht gut für die Umwelt. Tiere werden auch angezogen. Das kann für Bewohner zur Plage werden und das ist auch nicht schön, weil Tiere sterben.

Philipp

Abstimmung im Ausschuss:

6 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 28

Mehr Kleingärten

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Kleingärten entstehen (gebaut werden).

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Es soll grüner in Hannover werden, bessere Luft entstehen und es soll mehr Pflanzen in Hannover geben. (Damit es schöner und besser riecht und aussieht).

Toheed und Fabian

Abstimmung im Ausschuss:

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

29 Ja / 0 Nein / 22 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 29

Blumenbeet

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es in Gärten, Schulen und in der Stadt mehr Pflanzen gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Es wird klimaneutral, ist gut für die Umwelt.

Aya

Abstimmung im Ausschuss:

16 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

32 Ja / 0 Nein / 19 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

✺ TOP 30

Kampagne für die Umwelt

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es Kampagnen für die Umwelt gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Umwelt- und Klimatage

Im Rat:

Begründung
Wir stellen diesen Antrag, weil es zu wenige Kampagnen für die Umwelt gibt, damit die Umwelt geschützt wird. Der Schutz der Flora und Fauna sollte mehr Präsenz erhalten.

Philipp

Abstimmung im Ausschuss:

10 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

12 Ja / 0 Nein / 39 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 31

Mehr Unterkünfte für Flüchtlinge

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Häuser mit Essen und Trinken für die Flüchtlinge gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Das Thema ist wichtig, weil die Menschen brauchen auch ein sicheres Zuhause wie wir. Und brauchen auch volle Mahlzeiten genauso so wie wir.

Büsra, Johanna

Abstimmung im Ausschuss:

19 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 32

Verbesserung des Jugendzentrum Misburg

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass das Jugendzentrum in Misburg verbessert wird, damit die Kinder Spaß haben können.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Alle Jugendzentren

Im Rat: Alle Jugendzentren in Hannover

Begründung
Das wäre gut für die Kinder, damit sie Spaß haben können und ihre Hobbys ausüben können zum Beispiel Basketball, Boxen, Gym, Kunst und andere Kurse die sie wollen. Es soll Angebote ab 13 oder älter geben und außerdem soll es ein Angebot für kleine Kinder geben.

Ahmad

Abstimmung im Ausschuss:

19 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

34 Ja / 6 Nein / 11 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 33

Günstiger ÖPNV

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es einen vergünstigten Tarif für den ÖPNV gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Für alle Menschen ab 67 Jahren, zeitlich begrenzt auf 2 Monate für 12€

Im Rat: Für Personen über 65 und unter 18

Begründung
Damit der ÖPNV für mehr Leute zur Verfügung steht. Wenn Mehr Leute den ÖPNV nutzen, wird unsere Umwelt geschont, weil der ÖPNV momentan zu teuer ist und dann weniger Leute Auto fahren.

Jonathan

Abstimmung im Ausschuss:

18 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

10 Ja / 32 Nein / 9 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 34

Mehr Kindergärten

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehrere Kindergärten in Hannover gebaut werden sollen.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Es gibt außer in Stöcken in vielen Orten einfach zu wenig Kindergärten, die kleinen Kinder müssen von den Eltern lange gefahren werden. Manchmal arbeiten die Eltern auch und können die Kinder nicht so weit weg fahren.

Lind und Muhammed

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 35

Mehr Obdachlosenunterkünfte

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Obdachlosenunterkünfte gebaut werden

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Obdachlose sollten Unterkünfte zum Schlafen, Essen und Trinken haben. Es wäre eine gute Idee, den Obdachlosen zu helfen, einen Job zu finden, damit sie nicht auf der Straße leben müssen und Geld verdienen können. Es ist besser, wenn mehr Obdachlosenunterkünfte gebaut werden, weil es nachts gefährlich auf der Straße sein kann.

Mohadasa

Abstimmung im Ausschuss:

19 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

37 Ja / 0 Nein / 14 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 36

Ausstattung im Krankenhaus

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es im Krankenhaus bessere Ausstattung geben soll zum Schutz vor Viren.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Wichtig ist das Thema, weil viele Krankenhäuser überlastet waren in der Corona-Pandemie. Viele Krankenschwestern gab es auf Dauer nicht oder mussten länger Überstunden machen. Außerdem fehlten viele Beatmungsgeräte in der Corona Pandemie.

Ines

Abstimmung im Ausschuss:

13 Ja / 0 Nein / 6 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

34 Ja / 5 Nein / 12 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 37

Mehr Krankenhäuser

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr Krankenhäuser in Hannover geben soll.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Nicht mehr Krankenhäuser, Notaufnahmen verbessern, mehr Personal & Rettungswagen

Im Rat: Mehr Ausstattung im Personal

Begründung
Wenn man verletzt oder krank ist, ist es gut, dass man schneller ankommt und schneller versorgt wird, damit es nicht schlimmer wird. Damit es nicht zu viele Menschen in einem Krankenhaus sind, damit man schneller versorgt wird.

Hawar, Karzan

Abstimmung im Ausschuss:

19 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

29 Ja / 7 Nein / 15 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 38

Eine neue Schülerfirma

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass in der Realschule Misburg eine Schülerfirma wiedergegründet wird

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Damit die Leute, die ihre Stifte vergessen haben oder verloren haben, nicht immer den Nachbarn fragen, sondern einfach einen ausleihen in der Firma. Die Schüler der Schülerfirma lernen dadurch auch, Verantwortung zu übernehmen.

Mustafa

Abstimmung im Ausschuss:

4 Ja / 11 Nein / 4 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 39

Löhne erhöhen wegen der Inflation

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass die Löhne erhöht werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Die Löhne sollten sich der Inflation anpassen, weil die Preise teurer werden. Der Lohn sollte sich auch erhöhen, damit man sich mehr Geld beiseite legen kann, um z.b einen Urlaub zu machen.

Liam

Abstimmung im Ausschuss:

5 Ja / 9 Nein / 5 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 40

Mehr Einrichtungen für behinderte Menschen!

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr Einrichtungen für behinderte Menschen geben soll.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Uns ist das Thema wichtig, weil die meisten behinderten Menschen nicht die Dinge tun können, die nicht behinderte Menschen tun können und durch die Einrichtungen können sie wenigstens ein paar Dinge tun. Durch die Einrichtungen werden sie auch in die Gesellschaft eingegliedert. Sie fühlen sich dadurch wohler.

Maral, Malek

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:

41 Ja / 2 Nein / 8 Enthaltung / ✓

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 41

WLAN in der Stadt

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen dass es in der Schule, Straßenbahn und am Hauptbahnhof kostenloses WLAN gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Weil man benutzt mobile Daten und wenn man damit Videos schaut, verbraucht man sie schnell. Damit man auch Wege zum Beispiel über Maps suchen kann, damit man eine schnelle Verbindung hat. So kann man auch gut in WhatsApp im Kontakt bleiben.

Dmytro

Abstimmung im Ausschuss:

8 Ja / 8 Nein / 3 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 42

Schulen fördern

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass die Schulen besser im finanziellen Bereich und der Ernährung gefördert werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Da man eine bessere Schule haben möchte, bessere Aufklärung über Ernährung und besseres Schulessen. Statt im warmen Klassenzimmer zu sitzen und das Thema Tiere hat, sollte man lieber einen Ausflug in den Zoo machen. Deshalb ist es besser, unseren Antrag umzusetzen, damit sich die Schüler in den Schulen auch mit langem Unterricht wohlfühlen.

Jonathan

Abstimmung im Ausschuss:

6 Ja / 6 Nein / 7 Enthaltung / X

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion Goethe-Abi für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 43

Mehr Einrichtungen für obdachlose Menschen

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass mehr Einrichtungen für obdachlose Menschen gebaut werden.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss: Mehr & sichere Unterkünfte für Obdachlose und Geflüchtete

Im Rat:

Begründung
Weil jeder gleichberechtigt ist und damit die Obdachlosen nicht verhungern. Und damit die Obdachlosen ein Zuhause haben, wo es warm ist, gemütlich ist und schön.

Hasan und Arijan

Abstimmung im Ausschuss:

17 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion RSM Newbees für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 44

Schulen mit iPads

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es in der Schule RSMisburg iPads geben soll, genauso wie in allen anderen Schulen in Hannover. Man soll in den Pausen etwas googeln können, wenn man etwas nicht weiß.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Weil man nur im Unterricht (Musik und Werte und Normen) etwas googeln kann, was der Lehrer sagt und man kann dann auch eine Hausaufgabe z.B. PowerPoint in der Pause machen. Es wird dann auch leichter für den Unterricht, denn man muss nichts mehr von den Büchern kaufen. Die Schulrucksäcke werden dann auch leichter, denn man muss nicht mehr so viele Bücher mitnehmen und tragen.

Vincent

Abstimmung im Ausschuss:

10 Ja / 2 Nein / 7 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

PIMP your town!

Antrag
Der Fraktion DFFUUZ für die Sitzung des fiktiven Sozialausschuss

✌ TOP 45

Mehr direkte Demokratie

Beschlussvorschlag
Der Rat möge beschließen, dass es mehr direkte Demokratie für Bürger gibt.

Änderungen / Ergänzungen
Im Ausschuss:

Im Rat:

Begründung
Die Bürger oder die Bürgerinnen sollen direktes Mitspracherecht haben, weil sie mit Umfragen mitmachen sollen, um sich in der Öffentlichkeit zu beteiligen.

Simon

Abstimmung im Ausschuss:

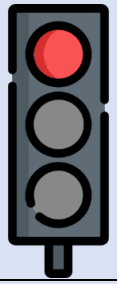
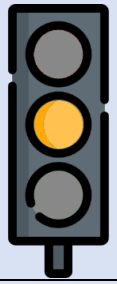
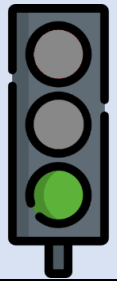
10 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung / ✓

Abstimmung im Rat:
Ja / Nein / Enthaltung /

WIR$^{2.0}$ –Kurzbericht

Stand 16.März 2023

Monitoring

	Bedeutung
	• Maßnahme noch nicht gestartet • Es gibt größere Hindernisse, die den Start der Maßnahme erschweren • Fachbereich sieht keine Ressourcen oder keinen Umsetzungsweg und sucht deshalb Rücksprache mit dem WIR$^{2.0}$-Kuratorium (Input-Problem)
	• Schritte zur Umsetzung der Maßnahme sind eingeleitet worden • Ressourcen werden bereitgestellt, erster Output ist erfolgt (bspw. Veranstaltung durchgeführt)
	• Output ist erfolgt/ Aktivitäten durchgeführt • Erste Stufe des Outcomes/ Wirkung wurde erreicht (bspw. Personen haben teilgenommen, haben darauf reagiert) • Die Maßnahme geht in den Regelbetrieb über.

Monitoring der Maßnahmen

Nr.	Handlungsfeld	Maßnahme	Antrags-berechtigt	Zuständig	Fortschritt
5	Bildung-5	Interkultureller Schulassistent*innen Pool	nein	FB 56	✓
10	Bildung-10	Berufsbegleitende Deutschkurse für Auszubildende und Berufstätige in der Pflege	nein		!
17	Postmigrantisch-Bildung-1	A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung	nein	FB 56	✓
21	Soziales-2	Mehr Wissen - weniger Barrieren. Zugänge zum Gesundheitssystem	nein	FB 56	!
25	Soziales-6	Innovatives und internationales Wohnen und Zusammen leben in Ankunftsquartieren	nein	FB 56	!
36	Postmigrantisch-Soziales-2	Anlaufstelle für queere Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen	ja		!
37	Demokratie-1	Weiterentwicklung der „Integrationsbeiräte“	nein	FB 56	!
39	Demokratie-3	Offensive gegen Anti-Schwarzen- Rassismus und gegen Diskriminierung gegenüber Rom*nja und Sinti*zze	nein	FB 56	✓
44	Postmigrantisch-Demokratie-2	Hannovers Kultur – Gestalte deine Welt! Eine Geschichte der Teilhabe und des bürgerschaftlichen Engagements in einer postmigrantischen Gesellschaft	nein	FB 56	!
47	Stadtleben und Kultur-3	Migrationsgeschichte(n) als thematischer Schwerpunkt im Stadtarchiv	nein		!
48	Stadtleben und Kultur-4	Bibliotheksbestand und Anschaffungswesen	nein		!
58	Stadtleben und Kultur-14	Kulturdialoge einer postmigrantischer Gesellschaft	ja		!
60	Stadtleben und Kultur-16	Städtische Kulturorte der Vielfalt	ja		!
75	Stadtverwaltung-7	Einführung eines Leitfadens „Interkulturelle Öffnung „ als Handreichung für alle städtischen Fachbereiche inklusive Selbstcheck	nein	FB 56	!
81	Stadtverwaltung-13	Einführung der mehrsprachigen Willkommens-App „Integreat“	nein	FB 56	✓

Neu bewilligte WIR 2.0 Kleinprojekte

1. Aktivpass aktivieren: Sommerferienprogramm für geflüchtete Kinder
2. Flüchtlingsunterkünfte und Nachbarschaft - Akrobatikprogramm für Kinder und Jugendliche
3. Spielenachmittag für Kinder aus rumänischen Roma-Familien in einer Unterkunft
4. Inklusives Theaterprojekt für Jugendliche und junge Erwachsenen in der Psychiatrie
5. Transkulturelle Kampfkunstmeisterschaft
6. Fotomagazin zum Thema fremd zu Hause
7. Anti-Rassismus Veranstaltung an der Hochschule

Termine

- **12. Mai: Sitzung des WIR$^{2.0}$-Kuratoriums, Start der Kommunikationskampagne**
- **Ende Mai nächster WIR$^{2.0}$-Arbeitsauschuss**
- **6. Juni: Podiumsdiskussion „Fachkräftesicherung“**
- **1. September : Großveranstaltung zu „Anti-Schwarzen-Rassismus“**
- **Oktober: Veranstaltung zur Maßnahme „Innovatives und Internationales Wohnen und Zusammenleben in Ankunftsquartieren“**

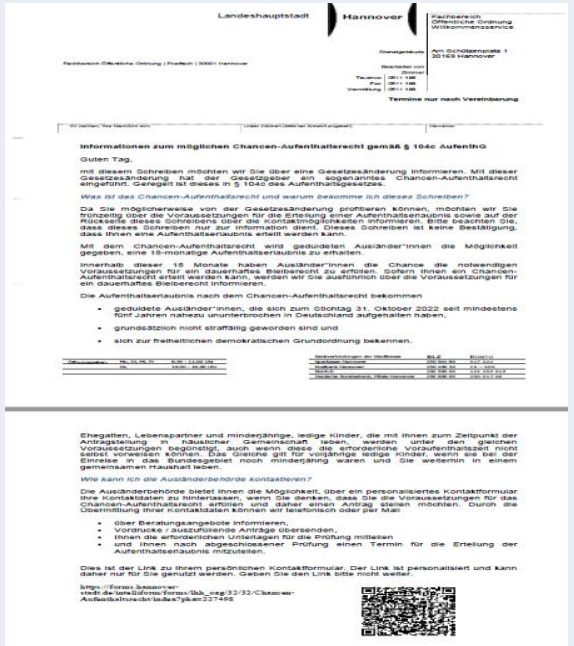
Sachstand: Umsetzung des Chancenaufenthaltsrechts in der LHH

13. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kommunikation

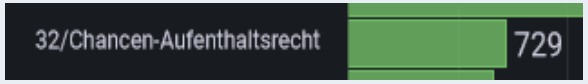
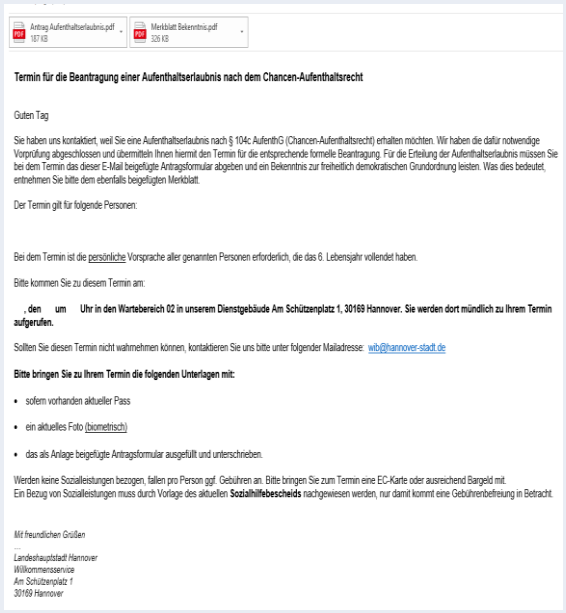
16. März 2023

Ingo Dietz, 32.3

Sachstand: Umsetzung des Chancenaufenthaltsrechts in der LHH (1)

31.12.2022	Januar 2023	18. Januar 2023	Januar/Februar 2023
Inkrafttreten des Chancen Aufenthaltsrechts	**Grobfilter – wer kann antragsberechtigt sein**	**Proaktive Kontaktaufnahme seitens ABH durch Brief**	**Rückmeldung (Toolerstellung durch Stabsstelle Digitalisierung)**
Kurzform: • **Mindestens 5 Jahre in Deutschland** • **Keine strafrechtlich relevanten Verurteilungen** ⇒ **Aufenthaltsrecht von 18 Monaten nach § 104c AufenthG** ⇒ **Voraussetzungen für Aufenthaltserlaubnis**	**1.185 HannoveranerInnen wurden nach summarischer Prüfung identifiziert**		

Sachstand: Umsetzung des Chancenaufenthaltsrechts in der LHH (2)

Seit Februar 2023	Seit März 2023	Ab März 2023	Seit März 2023
Auswertung der eingefangenen Rückmeldungen	**Einladungen per E-Mail, mit Antrag und FDGO**	**Weiteres Anschreiben, sowie interne Schulungen**	**Erste Termine**
Aktueller Stand – Stand 03. März 2013 		**In der Entwurfsphase durch den Bereich Einwanderungsstadt Hannover zusammen mit der ABH**	**Bearbeitungsstraße von ABH und Bereich Einwanderungsstadt Hannover**

Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 0227/2023)

Eingereicht am 27.01.2023 um 14:52 Uhr.

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Kulturausschuss, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen, Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss), Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

---

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzeptes

Antrag
Die Verwaltung wird damit beauftragt, einen Beirat einzurichten, der die Verbindungen der Stadt Hannover zur Kolonialgeschichte und deren bis heute reichende Auswirkungen aufarbeitet, deren Zeichen in der Stadt hinterfragt und Handlungsempfehlungen benennt.

Das Erinnerungskonzept soll die gesamte Hannoversche Stadtgesellschaft in die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen des Kolonialismus einbinden. Dafür gilt es, das Thema in Wissenschaft, Bildung und Kultur fest zu etablieren und würdige Formen des Erinnerns und des stadtweiten Diskurses zu entwickeln.

Dazu ist – spätestens im 1. Halbjahr 2023 – begleitend ein Beirat zu gründen. Das Konzept des Beirates soll auf folgende Punkte eingehen:

a) Perspektivwechsel des postkolonialen Erinnerns und Zusammenlebens durch Partizipation der Zivilgesellschaft, insbesondere der BIPoC-Communities (Black, Indigenous, People of Color), und in Folge Entwicklung würdiger Formen und Orte des Gedenkens.

b) Provenienzforschung sowie ggf. Restitution von Sammlungsgegenständen.

c) Vermittlung von Erkenntnissen der Erforschung des Kolonialismus und seiner Folgen in die Gesellschaft.

d) Entwicklung partizipativer Bildungsangebote zur Aufarbeitung des Kolonialismus, des Postkolonialismus und aktuellen Auswirkungen wie Rassismus und der weltweiten Klimagerechtigkeit für alle Altersgruppen.

e) Ausarbeitung von Möglichkeiten, durch kommunale Maßnahmen zum Abbau kolonialer wie rassistischer Strukturen gemäß der EU-Resolution zu Grundrechten von Menschen afrikanischer Herkunft in Europa von 2019 beizutragen.

Der Beirat tagt in der Regel quartalsweise und ist interdisziplinär sowie möglichst geschlechterparitätisch zu besetzen. Die Zusammensetzung des Beirats ist anhand folgender Kriterien vorzunehmen: Wissenschaftlichkeit, Multiperspektivität, Diversität, Repräsentation von BIPoC-Communities sowie Kompetenzen in den Bereichen Antirassismus, Antidiskriminierung, Inklusion und Beteiligung. Die Zusammensetzung ist den Gremien des Rates zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beirat und dessen Arbeit sind an die städtische Erinnerungskultur angebunden und werden von dieser kooperativ unterstützt. Zudem wird das Sachgebiet der Antidiskriminierungsstelle und der Stelle für Demokratiestärkung einbezogen. Der Beirat kann bei Bedarf externe Expertise hinzuziehen.

Für ein umfassendes Konzept sind folgende Handlungsfelder einzubeziehen: Wissenschaft und Forschung, Politik, Kunst, Kultur und öffentliche Orte (u.a. Museen, Gedenkstätten, öffentliche Erinnerungsorte, Ehrengräber, Straßen und Plätze) Bildung, internationale Kooperationen und Städtepartnerschaften, sowie Wirtschaft und Umwelt.

Über die Empfehlungen des Beirates und Zwischenergebnisse sind die Ratsgremien regelmäßig, mindestens aber einmal im Jahr, zu informieren. Gleichzeitig erfolgt eine Vorstellung der Ergebnisse in den jeweils betroffenen Stadtbezirksräten, die zudem im Rahmen ihrer Zuständigkeiten im weiteren Verlauf des Verfahrens beteiligt werden. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen werden dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Nach zwei Jahren erfolgt ein Bericht zu den Zwischenergebnissen, die eine Empfehlung zur weiterführenden Arbeit enthält.

Sachkosten bzw. Aufwandsentschädigungen sind analog zum Beirat „Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten“ (DS 1921/2013 N1) bereitzustellen.

Begründung

Hannover hat aufgrund der langjährigen Personalunion mit Großbritannien eine doppelte Kolonialgeschichte. In dem Konzept sollen die kolonialen Kontinuitäten in Hannover und in den ehemaligen deutschen und britischen Kolonien berücksichtigt werden.

Mit der Entwicklung eines Konzeptes erkennt Hannover seine Rolle und historische Verantwortung im Zeitalter des deutschen, britischen und europäischen Kolonialismus und Imperialismus an.

Die Verbindungen der Stadt Hannover nicht nur zum deutschen Kolonialismus sind bislang kaum dargestellt. Dennoch bezeugen bspw. hiesige Namen von Straßen und Plätzen von der geschichtlichen Tragweite der 500 Jahre währenden Kolonialzeit, die sowohl die kolonialisierten als auch die kolonisierenden Gesellschaften stark prägte.

In jüngster Vergangenheit weist die 20 Jahre währende juristische Auseinandersetzung um

die Umbenennung des Carl-Peters-Platz in der Südstadt, die in der Benennung des fraglichen Areals in Bertha-von-Suttner-Platz endete, auf die bislang unzureichende Beschäftigung mit kolonialen Kontinuitäten. Die Debatten um das Carl-Peters-Denkmal auf dem Platz belegen, dass diese Auseinandersetzung längst nicht beendet ist.

Auch die enge Gruppierung von Straßennamen im so genannten Afrika-Viertel in Badenstedt legt Zeugnis ab für ein Mental Mapping[1] des Kolonialismus in einer deutschen Großstadt. Sie lassen deutlich das damalige Bestreben erkennen, Deutschland als Kolonialmacht wiederaufzubauen. Sie sind Ausdruck eines eurozentrischen Denkens, das bis heute in den kolonial geprägten Strukturen der einstigen Kolonien und in der anhaltenden Vormachtstellung der westlichen Industrieländer fortlebt.

Vor dem Hintergrund der bestehenden, zunehmend rassistisch geprägten Debatten um das Thema Migration und Integration sowie der bestehenden Spaltungen und Benachteiligungen in unserer Gesellschaft muss eine Großstadt wie Hannover hier besondere Verantwortung zeigen.

Erwartet wird, dass der Prozess der Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonisierenden Erinnerungskonzeptes einen Perspektivwechsel des postkolonialen Erinnerns in die Wege leitet. Hierbei sind der Zivilgesellschaft und insbesondere Initiativen und Einzelpersonen in Hannover, die sich aus einer migrantischen, postmigrantischen, Schwarzen oder PoC Perspektive mit dem Kolonialismus beschäftigen, umfassende Mitspracherechte einzuräumen.

Bei der Umsetzung sollte auch die Expertise des Landesmuseums berücksichtigt werden, denn dort beschäftigt man sich intensiv mit eigenen ethnologischen Sammlung. Zudem sollten nach Möglichkeit auch internationale Wissenschaftler*innen mit dem Forschungsschwerpunkt der Dekolonialisierung und postkoloniale Gesellschaften hinzugezogen werden.

Die Ergebnisse sollen daher dauerhaft in einem der hannoverschen Museen präsentiert werden.

Der Zusammenhang zwischen Klimagerechtigkeit und Kolonialismus soll ebenfalls in den Fokus genommen werden, denn die Folgen des Kolonialismus spiegeln sich heute hier vor Ort auch in den Herausforderungen des Klimawandels wider. Dekolonialisierung muss daher nicht nur rassismus- und machtkritische Perspektiven einnehmen, sondern auch durch eine dekolonisierende Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategie begleitet werden.

Darüber hinaus gehört die Aufarbeitung unserer kolonialen Geschichte grundsätzlich zu den zentralen erinnerungspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Das Konzept soll eine kolonialismuskritische Erweiterung bestehender erinnerungskultureller und erinnerungspolitischer Ansätze anstreben.

Anmerkung: (1) kognitive Karte, kartographische Darstellung, die die subjektive Wahrnehmung eines bestimmten Raumausschnittes wiedergibt.

Hannover / 30.01.2023

Die PARTEI & Volt
Fraktion im Rat der Hansestadt Hannover

Hannover, den 28.2.2023

In den Kulturausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Grünflächen
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rats der Landeshauptstadt Hannover zum gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Verantwortung zeigen für die Kolonialgeschichte Hannovers – Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzepte (DS 0227/2023)

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, einen Beirat einzurichten, der die Verbindungen der Stadt Hannover zur Kolonialgeschichte und deren bis heute reichende Auswirkungen aufarbeitet, deren Zeichen in der Stadt hinterfragt und Handlungsempfehlungen benennt.

Das Erinnerungskonzept soll die gesamte Hannoversche Stadtgesellschaft in die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen des Kolonialismus einbinden. Dafür gilt es, das Thema in Wissenschaft, Bildung und Kultur fest zu etablieren und würdige Formen des Erinnerns und des stadtweiten Diskurses zu entwickeln. Dazu ist – spätestens im 1. Halbjahr 2023 – begleitend ein Beirat zu gründen. Das Konzept des Beirates soll auf folgende Punkte eingehen:

a) Perspektivwechsel des postkolonialen Erinnerns und Zusammenlebens durch Partizipation der Zivilgesellschaft, insbesondere der BIPoC-Communities (Black, Indigenous, People of Color) **sowie die Zusammenarbeit mit Menschen aus ehemals kolonialisierten Ländern**

b) Provenienzforschung sowie ggf. Restitution von Sammlungsgegenständen **und damit den Dialog um Anerkennung von kolonialem Unrecht fördern**

c) Vermittlung von Erkenntnissen der Erforschung des Kolonialismus und seiner Folgen in die Gesellschaft, **mit dem Ziel, diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Strukturen in Verwaltung gezielt zu entwickeln sowie gleichberechtigte Wirtschafts- und Handelsinteressen fördern**

Die PARTEI & Volt
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 54 61 51 55
DieParteiUndVolt@Hannover-Rat.de
www.parteiundvolt.de

d) Entwicklung partizipativer Bildungsangebote zur Aufarbeitung des Kolonialismus, des Postkolonialismus und aktuellen Auswirkungen wie **(Alltags-)** Rassismus und der weltweiten Klimagerechtigkeit für alle Altersgruppen. **Dahingehend Prozesse einer gemeinsamen Dekolonialisierung kolonialgeschichtlich belasteter Orte und Institutionen anstoßen und fortführen sowie würdige Formen und Orte des dekolonisierenden Erinnerns und Gedenkens entwickeln**

e) Ausarbeitung von Möglichkeiten, durch kommunale Maßnahmen zum Abbau kolonialer wie rassistischer Strukturen gemäß der EU-Resolution zu Grundrechten von Menschen afrikanischer Herkunft in Europa von 2019 beizutragen.

Der Beirat tagt in der Regel quartalsweise und ist interdisziplinär **mit mindestens 15 Personen und** ~~sowie~~ möglichst geschlechterparitätisch zu besetzen. Die Zusammensetzung des Beirats ist anhand folgender Kriterien vorzunehmen: Wissenschaftlichkeit, Multiperspektivität, Diversität, Repräsentation von BIPoC-Communities sowie Kompetenzen in den Bereichen Antirassismus, Antidiskriminierung, Inklusion und Beteiligung. Die Zusammensetzung ist den Gremien des Rates zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Beirat und dessen Arbeit sind an die städtische Erinnerungskultur angebunden und werden von dieser kooperativ unterstützt. Zudem wird das Sachgebiet der Antidiskriminierungsstelle und der Stelle für Demokratiestärkung einbezogen. Der Beirat kann bei Bedarf externe Expertise hinzuziehen.

Für ein umfassendes Konzept sind folgende Handlungsfelder einzubeziehen: Wissenschaft und Forschung, Politik, Kunst, Kultur und öffentliche Orte (u.a. Museen, Gedenkstätten, öffentliche Erinnerungsorte, Ehrengräber, Straßen und Plätze) Bildung, internationale Kooperationen und Städtepartnerschaften, sowie Wirtschaft und Umwelt.

Über die Empfehlungen des Beirates und Zwischenergebnisse sind die Ratsgremien regelmäßig, mindestens aber **zwei**~~ein~~mal im Jahr, zu informieren. Gleichzeitig erfolgt eine Vorstellung der Ergebnisse in den jeweils betroffenen Stadtbezirksräten, die zudem im Rahmen ihrer Zuständigkeiten im weiteren Verlauf des Verfahrens beteiligt werden. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen werden dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Nach zwei Jahren erfolgt ein Bericht zu den Zwischenergebnissen, die eine Empfehlung zur weiterführenden Arbeit enthält.

Sachkosten bzw. Aufwandsentschädigungen sind analog zum Beirat „Wissenschaftliche Betrachtung von namensgebenden Persönlichkeiten“ (DS 1921/2013 N1) bereitzustellen **und an die heutige Inflationsrate anzupassen**.

Begründung

Die Erarbeitung eines gesamtstädtischen dekolonialisierenden Erinnerungskonzepts ist stadtgesellschaftlich ein richtiger und wichtiger Schritt. Dafür ist es aber wichtig, die genaue Zielsetzung der Teilaufgaben des Beirates zu definieren, um sicherzustellen, dass nicht nur eine eurozentristische Perspektive reproduziert wird. Deswegen ist auch die Zusammenarbeit mit Menschen aus ehemals kolonialisierten Ländern unabdingbar.

Um eine bessere Kontinuität zu gewährleisten, sollen die Ratsgremien mindestens zweimal im Jahr informiert werden, genauso sind entsprechende Sachkosten und Aufwandsentschädigung an das aktuelle Jahr anzupassen.

Ebenso ist die Mindestanzahl der Beiratsmitglieder wichtig zu definieren, um die Interdisziplinarität und Intersektionalität der Perspektiven sicherzustellen. Das Erinnerungskonzept betrifft die Stadtgesellschaft als Ganzes. Der Beirat muss in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Der Hintergrundgedanke der Dekolonialisierung ist die Emanzipation von der *weißen* Dominanzkultur. Es ist daher von vornherein zu beachten, dass diese "von oben gesteuerte" Emanzipation nur funktionieren kann, wenn die bestmöglichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um diese Machtasymmetrie auszugleichen. Wenn der Beirat am Ende nicht multiperspektivisch aufgestellt ist und keine Diversität an Expert*innen bietet, sondern die afrodiasporischen Perspektiven (wie beim Humboldt Forum) von *Weißen* übernommen werden, wird das Projekt des Erinnerungskonzepts scheitern, da es letztendlich genauso eurozentristisch wird wie unsere Geschichtsbücher. Ziel ist die Wandlungen der Bewusstseinsprozesse der Gesellschaft, um ein neues multiperspektivisches, postmigrantisches WIR in der Stadtgesellschaft zu schaffen.

Joana Zahl
Fraktionsvorsitz

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0618/2023
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Finanzierung der WIR 2.0 Maßnahme "A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung"

Antrag,
der Freigabe der Mittel in Höhe von 10.000 Euro aus der Drucksache H-0174-2021 für die Umsetzung der WIR 2.0 Maßnahme „A-Teams“ zuzustimmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Bei der Umsetzung der Maßnahme gibt es keine spezifische Betroffenheit. Die mit der Beschlussempfehlung verfolgte Zielsetzung wirkt sich in gleicher Weise auf alle Menschen aus.

Ergebnis der Klimawirkungsprüfung
Das Ergebnis der Klimawirkungsprüfung wird als neutral bewertet.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages
Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) hat sich seit Januar 2023 personell und strukturell neu organisiert und agiert nun als Stabsstelle im Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe (OE 56.ADS).

Mit Drucksache H0174-2021 wurde die ADS beauftragt, ein Konzept für ein Antidiskriminierungsnetzwerk vorzulegen. Teil des Konzepts sollte ein Fortbildungsangebot sein, wofür Mittel in Höhe von 10.000 Euro aus dem Integrationsfonds zweckgebunden wurden. Die Verwaltung hat den Netzwerkgedanken weiterentwickelt und schlägt vor, die Mittel für die im Rahmen des WIR 2.0 durch die AG-Jugend entstandenen A-Teams zu verwenden, um besonders über den Ansatz Bildung die Antidiskriminierungsarbeit zu implementieren.

Ein A-Team besteht aus zwei Schüler*innen bzw. Student*innen, die zu unterschiedlichen

Diskriminierungskategorien, Jugendarbeit und in Gewaltfreier Kommunikation geschult sind. Durch ihre Peer-to-peer-Arbeit fungieren sie im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen als niedrigschwellige Anlaufstelle in ihren Bildungseinrichtungen.

Die WIR 2.0 Maßnahme „A-Team“ ist Ende 2021 vorzeitig als GFZ Projekt durch die WIR 2.0 AG Postmigrantisch in Kooperation mit dem Netzwerk Generation Postmigration e.V. gestartet. Die Projektlaufzeit ist seit Dezember 2022 beendet und die A-Teams werden, wie im WIR 2.0 festgehalten, nun von der ADS koordiniert. Der ADS stehen zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Maßnahme aktuell keine eigenen Mittel zu Verfügung, sie erachtet aber die A-Teams als für die Arbeit gegen Diskriminierung überaus wirksam.

Die im Rahmen des WIR 2.0 Prozesses durchgeführte Umfrage zum Anti-Schwarzen Rassismus in Hannover konnte verdeutlichen, dass besonders der Bildungssektor eine intensivere Antidiskriminierungsarbeit benötigt. Darüber hinaus konnte in der mehr als einjährigen Begleitung der ersten A-Teams-Generation festgestellt werden, dass dieser Bedarf auch auf alle anderen AGG Diskriminierungsmerkmale innerhalb des Bildungssektors zutrifft. Was die Meldungen bei der ADS betrifft, gehört der Sektor Bildung zu den drei am stärksten von Diskriminierung betroffenen Bereichen. Darüber hinaus sind die Anfragen von Lehrkräften zu Workshops und Beratung zum Thema Antidiskriminierung angestiegen.

Daher ist es sinnvoll und erforderlich, die neu aufgebauten Strukturen in der Antidiskriminierungsarbeit im Kontext Bildung weiter zu pflegen. Aktuell sind folgende Bildungseinrichtungen beteiligt:

- Ludwig-Windthorst-Schule
- Tellkampfschule
- Sophienschule
- Gymnasium Langenhagen
- Gymnasium Goetheschule
- Humboldtschule
- UNI Hannover
- HS Hannover
- Haus der Jugend

Die ersten A-Teams wurden schon ausgebildet. Hier zeigte sich Unterstützungsbedarf, gleichzeitig bekundeten weitere Bildungseinrichtungen ihr Interesse, A-Teams aufzustellen.

Die notwendige Vernetzungsarbeit für das Antidiskriminierungsnetzwerk ist Bestandteil der Arbeit der ADS. Hierbei bestehen bereits Kontakte mit unterschiedlichen Akteur*innen oder sind in Anbahnung, zum Beispiel:

- **Ethnische Herkunft:**
  - Liberale Jüdische Gemeinde
  - Young Shura
  - Generation Postmigration
  - Schwarze Schafe
  - Afrosources
  - Terne Rroma

- **Sexuelle Identität:**
  - Prisma Queer Migrants
  - Andersraum

- **Religion:**
  - Ezidische Akademie
  - Liberale Jüdische Gemeinde
  - Young Shura

- **Geschlecht:**
  - Mädchenhaus zwei13
  - kargah Frauenberatung

- **Alter:**
  - Jugendberatung Hinterhaus
  - Kinderschutzzentrum

- **Behinderung:**
  - Selbstbestimmt Leben

56
Hannover / 06.03.2023

Anlage 1 zur Beschlussdrucksache Finanzierung der WIR 2.0 Maßnahme "A-Teams im Auftrag gegen Diskriminierung"

Konzept A-Team

Projektbeschreibung:

Ein GFZ Projekt der WIR 2.0 AG Postmigrantisch und des Netzwerkes Generation Postmigration e.V

Im Rahmen des WIR 2.0 Prozesses hatte die AG Jugend die Maßnahme „A-Teams“ entwickelt, um im Kontext Bildung die Antidiskriminierungsarbeit zu verbessern. Die Maßnahme ist Ende 2021 vorzeitig als GFZ Projekt durch die WIR 2.0 AG Jugend in Kooperation dem Netzwerk Generation Postmigration e.V. gestartet. Hierbei wurden jeweils zwei Schüler*innen und Studierende aus unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zu unterschiedlichen Diskriminierungsmerkmalen, Jugendarbeit und gewaltfreier Kommunikation geschult. Ende 2022 erhielten die A-Teams im Rathaus in einer feierlichen Veranstaltung durch den OB ihre Zertifikate.

Aktuell sind an dem Projekt folgende Bildungseinrichtungen beteiligt:

- Ludwig-Windthorst-Schule
- Tellkampfschule
- Sophienschule
- Gymnasium Langenhagen
- Gymnasium Goetheschule
- Humboldtschule
- UNI Hannover
- HS Hannover
- Haus der Jugend

Jetzt sollen die A-Teams durch ihre Peer to Peer Arbeit in ihren Bildungseinrichtungen, im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen als niedrigschwellige Anlaufstellen fungieren. Hierbei wird die ADS gemeinsam mit dem Projektteam aus der WIR 2.0 AG Jugend, die A-Teams unterstützen und das Konzept weiterentwickeln, um eine nachhaltige Antidiskriminierungsarbeit im Kontext Bildung zu gewährleisten.

- Ziel des Projektes:
    - Abbau von Zugangsbarrieren
    - Sensibilisierung für Diskriminierung an Bildungseinrichtungen erhöhen und Umgang langfristig verbessern
    - Verbesserung der Qualitätsstandards in den Bildungseinrichtungen
    - Bessere Daten zu Diskriminierung im Bereich Bildung

Verantwortlichkeiten:

- Projektteam:
    - Peergroup Arbeit
    - Begleitung Supervision
    - Öffentlichkeitsarbeit
        - (Instagram A Team und WIR 2.0 Jugend Kanal)
        - Vorstellung und Werbung mit Bildungseinrichtungen
- ADS:

- Administrative Aufgaben
  - Projektkoordination
    - Schriftverkehr
    - Zusammenstellung von Info-und Arbeitsmaterial
    - Termin- und Veranstaltungskoordination
    - Verwaltung der Finanzen
    - Akquise von neuen Bildungseinrichtungen und Kooperations-partner*innen
    - Verschriftlichung der Projektabwicklung und-evaluation
    - Datenerhebung

- Inhaltliche Arbeit:
  - Konzeptentwicklung und -durchführung in Abstimmung mit der WIR 2.0 AG
    - Integration und Struktursicherung der A-teams in Ihren Bildungsein-richtungen
    - Supervision für die A-Teams
    - Begleitung und Austauschräume mit Lehrkräften
    - Entwicklung und Aktualisierung von einheitlichen Standards in den Bildungseinrichtungen
      - Fachwissen (Wording, Critical Whiteness, Intersektionalität,)
      - Haltung im Umgang mit Diskriminierungen (Allyship)

Umsetzungsphase - Zusammenarbeit ADS und WIR 2.0 AG:

- Ansprechpersonen
  - ADS: Daniel Kalifa (Fachberater der AG im WIR 2.0)
  - WIR 2.0 AG: Tchadarou Abdoul (Sprecher der WIR 2.0 AG)
- Einführung eines Jour fixe:

Das Jour fixe soll dazu dienen, den Prozess zu evaluieren und zu optimieren (Controlling).
Die Akteur*innen treffen sich in einem regelmäßigen Abstand. Hier sollen die Zielsetzungen gesetzt und aktualisiert werden.

- Folgende Personen sollen an dem Jour fixe teilnehmen:
  - WIR 2.0 Projektleitung: Birgit Steckelberg
  - Fachberatung und ADS Mitarbeiter: Daniel Kalifa
  - WIR 2.0 AG: Tchadarou Abdoul
  - Jeweils eine Ansprechperson aus den Bildungseinrichtungen

Benötigte Ressourcen:

- Wissenschaftliche Begleitung
- Finanzielle Ressourcen werden benötigt für:
  - Supervision und Fortbildungen
  - Öffentlichkeitsarbeit

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Personal-, Organisations- und Digitalisierungsausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0695/2023
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte

Die hier vorgelegte Informationsdrucksache fasst die verschiedenen Beschlüsse, Informationen und formulierten Bedarfe zur Neuorganisation der Integrationsbeiräte zusammen, um auf Basis dessen einen inhaltlichen Entwurf zur Beschlussfassung vorzulegen. Darüber hinaus wird ein Verfahrensvorschlag für die adäquate Beteiligung in den Stadtbezirken dargestellt.

I. Ausgangssituation

Mit Beschluss des Lokalen Integrationsplans 2008 beginnt die Etablierung der stadtbezirksorientierten Integrationsarbeit. In der Folge beschließt der Rat 2009, dass in allen 13 Stadtbezirken der Landeshauptstadt Hannover örtliche Integrationsbeiräte eingerichtet werden. Die Integrationsbeiräte verfolgen dabei folgende drei Ziele:

- Abbau von Zugangsbarrieren durch persönlichen Kontakt
- Stärkung des Willens zur Zusammenarbeit möglichst aller Akteur*innen
- Verstärkung dieser Motivation durch die Erfahrung, mit eigener Arbeit zu Verbesserungen und Erfolgen am Lebensort beizutragen

II. Evaluation der Arbeit der Integrationsbeiräte (DS 2631/2019)

Zum zehnjährigen Bestehen der Integrationsbeiräte wurde durch den Gesellschaftsfonds Zusammenleben die Anfertigung eines Gutachtens über die bestehende Arbeit der Integrationsbeiräte angefertigt, welches auf Workshops mit insgesamt 12 Integrationsbeiräten fußt.

Zentrales Ergebnis der Analyse war, dass die Motivation der ehrenamtlichen Integrationsbeiratsmitglieder im Zeitverlauf ihrer Mitarbeit sukzessive absank. Zudem wurde die Wahrnehmung der Integrationsbeiräte als mangelhaft beschrieben.

Auf Basis dieser Schlussfolgerung entstanden folgende Entwicklungsvorschläge:

- die stärkere Ansprache und Einbindung besonders jüngerer Menschen mit

Migrationserfahrungen
- die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit
- eine stärkere Wahrnehmung, Vernetzung und Wertschätzung innerhalb der Politik und Stadtgesellschaft
- kontinuierliche stadtweite gemeinsame Entwicklung längerfristiger Ziele sowie mehr gemeinsame Fort- und Weiterbildungen
- Eigenständigkeit der Integrationsbeiräte und größere Entscheidungsbefugnisse (im Besonderen in Bezug auf die Projektförderung)

III. Weiterentwicklung und Diskussionsprozess im WIR 2.0

Im Anschluss an das Gutachten aus dem Jahr 2019 begann der Entwicklungsprozess des WIR 2.0 im Jahr 2020. Bereits in der ersten Phase des WIR 2.0 Prozesses, d.h. bei der Entwicklung des Strategiepapiers, kam es zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Konzept der Integrationsbeiräte. An die Expert*innengruppe „Demokratie“ wurde u.a. eine Resolution der Integrationsbeiräte (28.5.2020) versendet, um die nötigen Veränderungen zu konkretisieren:

- Der Vorsitz der Integrationsbeiräte soll von Mitgliedern des jeweiligen Integrationsbeirates demokratisch gewählt werden.
- Der Integrationsbeirat soll die Möglichkeit haben, eine*n oder mehrere Stellvertreter*innen für den Vorsitz demokratisch zu wählen.
- Die Mitglieder des Integrationsbeirats, die nicht die Mandatsträger*innen der Bezirksräte sind, sollen ein Sitzungsgeld für die Anwesenheit erhalten.
- Die Termine sowie Mitglieder der Integrationsbeiräte werden ins Sitzungsmanagement/Internet eingepflegt.
- Die Integrationsbeiräte beraten und entscheiden abschließend über die Vergabe ihrer Mittel.

Mit Blick auf diese Forderungen antwortete die Expert*innengruppe des Handlungsfeldes „Demokratie“ in Absprache mit dem Fachbereich Recht und der Verwaltungsspitze am 17.8.2020 mit umfassenden Rückmeldungen.

Im Besonderen musste darauf hingewiesen werden, dass die selbstständige Entscheidung der Integrationsbeiräte über die Vergabe der Projektmittel seitens des Fachbereichs Recht der Landeshauptstadt Hannover geprüft und negativ beurteilt wurde, da es sich bei den Integrationsbeiräten nicht um ein demokratisch legitimiertes Gremium handelt, welches für die Stadtverwaltung bindende Entscheidungen treffen kann.

Insgesamt wurde das Thema der Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte als zentrales Element im Kontext politischer Teilhabe im Strategiepapier aufgenommen und im Maßnahmenkatalog des WIR 2.0 konkretisiert. Innerhalb des Entwicklungsprozesses gab es intensive und fortlaufende Gespräche u.a. mit der Delegiertenkonferenz und den Integrationsbeiräten selbst.

IV. Ergebnis des WIR 2.0 Beteiligungsprozesses (DS1941/2022, verabschiedet am 30.9.2022)

Das Ergebnis des intern und extern geführten Entwicklungsprozesses ergab im Wesentlichen die Aufnahme der aus dem Gutachten und der Resolution folgenden Punkte, die um einige neue Maßnahmen erweitert wurden:

1. Bezeichnung
2. Zusammensetzung/Findung der Mitglieder
3. Dauer der Mitgliedschaft
4. Fortbildungen
5. Sitzungsgeld
6. Neue organisatorische Zuordnung

Insgesamt soll bei der Umsetzung der Maßnahme die Abstimmung mit den Stadtbezirksbürgermeister*innen und den Stadtbezirksräten erfolgen (S. 56, WIR 2.0 – Migration und Teilhabe: Strategien, Ziele und Maßnahmen, Hannover 2022).

V. Haushaltsbegleitantrag (H-0326/2021) zur Neuordnung der Mittel der Integrationsbeiräte

Parallel zu den Beratungen des WIR 2.0-Prozesses wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten der gerechteren Mittelverteilung an die Integrationsbeiräte existieren, wobei auch hier das Instrument des Sitzungsgeldes gewünscht wird.

Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, aktiveren Integrationsbeiräten bei der Mittelverteilung das Instrument der wechselseitigen Deckung zu ermöglichen, um seltener finanzielle Mittel verfallen zu lassen.

Der Ratsauftrag beinhaltete ebenfalls, eine gemeinsame Förderrichtlinie zu erarbeiten. Die Verteilung der Mittel für die Integrationsbeiräte sei insgesamt neu zu ordnen, wobei ein Drittel wie bisher nach der Bevölkerungszahl der Stadtbezirke und zwei Drittel nach dem Migrant*innenanteil in den einzelnen Stadtbezirken berechnet werden sollen.

Die gesamte Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte sei als Maßnahme bei der Neuauflage des Lokalen Integrationsplans zu verankern. Dies geschah mit der Verabschiedung des WIR 2.0 am 30.9.2022.

VI. Umsetzung der Beschlüsse

Unter Verwendung der DS2631/2019, DS1941/2022 und des H-0326/2021 sowie der Resolution der Integrationsbeiräte sollen nun schnellstmöglich mittels Beschlussdrucksache folgende Änderungen im Konzept der Integrationsbeiräte beschlossen werden:

1. Zusammensetzung der Integrationsbeiräte

Die Größe der Integrationsbeiräte ist auf die maximale Größe des Stadtbezirksrates begrenzt, wobei eine Hälfte aus Personen mit Migrationserfahrungen und die andere Hälfte aus Stadtbezirksratsmitgliedern und Multiplikator*innen der Stadtgesellschaft zusammengesetzt ist. Mitglied kann werden, wer einen nachweisbaren Stadtbezirksbezug hat. Der Vorsitz bzw. die Stellvertretung wird demokratisch aus den Reihen aller Integrationsbeiratsmitglieder gewählt. Hierfür erarbeitet 18.6 gemeinsam mit 56.1 eine Geschäftsordnungsvorlage, die durch jeden Integrationsbeirat entsprechend seiner Bedarfe angepasst werden kann.

Insgesamt ist bei der Besetzung im Besonderen die Einbindung von jüngeren Menschen (ab 16 Jahren) zu berücksichtigen. Hierfür unterstützt die Verwaltung (56.1) beim Aufruf über die Migrant*innenorganisationen, Zivilgesellschaft und im Besonderen in den Jugendzentren, Schulen und Jugendorganisationen (u.a. Haus der Jugend, Stadtjugendring).

Für die Auswahl der Integrationsbeiratsmitglieder wird mittels Ratsbeschluss ein Gremium eingesetzt, dass sich aus Stadtbezirksratspolitik, Verwaltung und Migrant*innenorganisationen bzw. Zivilgesellschaft und Jugendvertretung zusammensetzt. Hierfür ist ein Ratsbeschluss erforderlich. Bewerber*innen sollen ein Motivationsschreiben einreichen, auf dessen Grundlage die Auswahl erfolgt. Die Mitgliedschaft beträgt maximal fünf Jahre, kann aber durch erneute Bewerbung verlängert werden.

2. Entwicklung gemeinsamer längerfristiger Ziele und fachliche Unterstützung

Es wird ein Mentor*innenprogramm aufgelegt, das neuen Mitgliedern der Integrationsbeiräte ermöglicht, schneller in kommunalpolitische Beteiligungsprozesse Einblick zu erhalten. Dies wird primär weiterhin über die Stadtbezirksmanager*innen unterstützt.

Durch den WIR 2.0 ist die strategische Ausrichtung sowie die Zielsetzung der Migrations- und Teilhabepolitik erarbeitet worden. Mit der Vertretung der Delegiertenkonferenz der Integrationsbeiräte im WIR 2.0 Kuratorium ist die Anbindung an die Umsetzung des WIR 2.0 mittel- und langfristig gegeben.

Darüber hinaus unterstützt der Bereich 56.1 alle Integrationsbeiräte einmal jährlich bei der Formulierung ihrer stadtbezirksorientierten Zielentwicklung auf Basis des WIR 2.0. Darüber hinaus bietet der Bereich 56.1 regelmäßig Fort- und Weiterbildungen für Mitglieder der Integrationsbeiräte. Dabei sind u.a. folgende Inhalte möglich: Aktuelle migrationspolitische Fragestellungen, Jugendbeteiligung und Empowerment für politische Beteiligung.

Für die organisatorische Abwicklung und Kommunikation der Bedarfe ist weiterhin das Stadtbezirksmanagement zuständig.

3. Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren

Alle Termine der Integrationsbeiräte werden im Sitzungsmanagement aufgeführt. Die Integrationsbeiräte werden dabei unterstützt, ihre Internetseiten regelmäßig zu aktualisieren und Veranstaltungen und wichtige Termine zu veröffentlichen. Wenn gewünscht können die Mitglieder der Integrationsbeiräte auch ihre Kontaktdaten auf der Internetseite veröffentlichen. Es besteht die Möglichkeit, wichtige Ereignisse über Social Media-Kanäle der Stadt zu veröffentlichen. Darüber hinaus wird ein Flyer erarbeitet, der die Bekanntheit der Integrationsbeiräte im Besonderen bei der Zielgruppe erhöht.

4. Stärkere Vernetzung, Wahrnehmung und Wertschätzung innerhalb der Politik und Zivilgesellschaft

Für eine stärkere Vernetzung mit der Politik werden Vernetzungstreffen zwischen dem WIR 2.0-Kuratorium und den beratenden Mitgliedern des Internationalen Ausschusses durch 18.6 und 56.1 organisiert. Darüber hinaus erklären sich alle Integrationsbeiräte bereit, einen Jahresbericht über ihre Aktivitäten mittels Informationsdrucksache an den Internationalen Ausschuss zu übergeben.

Im Sinne der Wertschätzung erhalten alle ehrenamtlichen Mitglieder ein Zertifikat über ihr Engagement, das durch die Mitglieder des Rates oder die Verwaltungsspitze übergeben wird.

5. Sitzungsgeld

In Anlehnung an die Aufwandsentschädigungen, die den beratenden Mitgliedern der Fachausschüsse und einigen Beiräten gewährt werden, erhalten alle Mitglieder der dreizehn Integrationsbeiräte, die nicht dem Stadtbezirksrat angehören, eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld in Höhe von 21 € je Sitzung und für maximal vier Sitzungen im Jahr. Mitglieder, die nicht dem Stadtbezirksrat angehören, erhalten außerdem je Sitzung eine Fahrtkostenpauschale von 3,30 €.

6. Bezeichnung

Im Sinne des WIR 2.0 hat sich „Integration“ als Bezeichnung für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie überholt, sodass ein neuer Name die neue Ausrichtung der Migrations- und Teilhabepolitik der Landeshauptstadt repräsentieren sollte. Dies soll mittels Vorschlagsverfahren und Onlineabstimmung umgesetzt werden. Ziel ist, dass jeder Integrationsbeirat einen Vorschlag einreicht, welcher dann über Facebook abgestimmt werden kann.

7. Neuorganisation der Mittel

Die jährlichen finanziellen Mittel „Zuwendungen auf Vorschlag der Integrationsbeiräte“ i.H.v. 150.000 € werden zukünftig nach einem zweifachen Schlüssel auf die Stadtbezirke verteilt. Bei dieser Neuordnung werden 50.000 € aufgrund der aktuellen Statistikwerte zu Einwohner*innen gemäß Landesamt Statistik Niedersachsen und 100.000 € aufgrund der

Einwohner*innen mit Migrationshintergrund gemäß Statistikdaten der LHH zugemessen. Für das Jahr 2023 verändern sich die Zuwendungsmittel beispielhaft wie dargestellt:

Stadtbezirk	EWZ gesamt	EWZ mit Migration	Mittelverteilung	
	gem. LSN	*gem. LHH Str.daten 2022*	***neu = EW + EW-M***	***bisher = nur EW***
1	36.293	12.783	9.342 €	10.186,00 €
2	69.916	25.022	18.180 €	19.622,00 €
3	49.272	23.327	15.461 €	13.828,00 €
4	45.536	19.510	13.336 €	12.780,00 €
5	33.511	12.689	9.038 €	9.405,00 €
6	32.139	11.758	8.477 €	9.019,00 €
7	43.154	10.369	8.860 €	12.111,00 €
8	34.052	12.177	8.850 €	9.557 €
9	44.811	20.989	13.956 €	12.576,00 €
10	43.921	17.167	12.095 €	12.326,00 €
11	33.445	14.793	10.010 €	9.386,00 €
12	36.779	18.981	12.270 €	10.322,00 €
13	31.648	15.405	10.127 €	8.882,00 €
Summe	**534.477**	**214.970**	**150.000 €**	**150.000,00 €**

VII. Verfahren zur Erstellung der abschließenden Beschlussdrucksache

Entsprechend der DS1941/2022 werden vor der Verabschiedung der Maßnahmen zur Neuaufstellung der Integrationsbeiräte die Stadtbezirksräte und -bürgermeister*innen beteiligt. Dabei ist es im Sinne des bisherigen Verfahrens des WIR 2.0-Prozesses erforderlich, die vorgeschlagenen Maßnahmen gleichberechtigt auch mit den zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen der Integrationsbeiräte abzustimmen.

Entsprechend ist eine gemeinsame Sitzung aller 13 Stadtbezirksbürgermeister*innen vorgesehen, in der gemeinsam mit drei weiteren Vertreter*innen der Integrationsbeiräte (ein*e weitere Stadtbezirksratspolitiker*in und zwei zivilgesellschaftliche*n Vertreter*in) die vorgeschlagenen Maßnahmen unter Punkt VI abgestimmt werden.

In diesem Schritt soll auch das Verfahren retrospektiv bewertet und Restriktionen erläutert werden.

Ziel dieses „Kongresses“ ist es, dem Rat der Stadt auch ein Stimmungsbild aus den einzelnen Integrationsbeiräten für Ihre Abstimmung vorzulegen. Eine entsprechende Beschlussdrucksache wird dem Rat vor der Sommerpause zur Verfügung gestellt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Für die Abschlusskonferenz werden die Stadtbezirke bei der Entsendung ihrer Mitglieder auf Geschlechterparität zu achten.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

56.1
Hannover / 10.03.2023

Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
An die Ratsversammlung (zur Kenntnis)

Nr. 0614/2023
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Dokumentation Planspiel „Pimp Your Town!“ 2022

Das Sachgebiet für demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus hat in Zusammenarbeit mit dem Verein Politik zum Anfassen am 6.9.2022 das Ratsplanspiel „Pimp Your Town!“ durchgeführt. Die Dokumentation (s. Anlage) der Ergebnisse und Anträge der beteiligten Schüler*innen soll als Information dienen, um Politik, Stadtgesellschaft und Verwaltung über die Ideen und Anregungen der Teilnehmer*innen zu informieren.
Besonders zu beachten war in diesem Jahr, dass die Teilnehmer*innen aus der Franz-Mersi Schule den Förderschwerpunkt “Sehen” hatten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Bei der Durchführung des Planspiels wurden Gender-Aspekte beachtet.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

56.1
Hannover / 06.03.2023

Dokumentation des dreizehnten Ratsplanspiels „Pimp Your Town!“

Im März 2009 wurde vom Rat der Landeshauptstadt Hannover das Programm SMS – Stadt macht Schule (DS 2522/2008) beschlossen. Das Konzept beinhaltet Module zur Vermittlung der Funktionsweise kommunaler Selbstverwaltung und der Förderung der Auseinandersetzung mit lokaler Politikgestaltung für Schüler*innen.

Ein Modul in diesem Konzept ist das Ratsplanspiel „Pimp Your Town!“. In diesem Planspiel schlüpfen Schüler*innen in die Rolle von Ratsmitgliedern. Sie formulieren (analog zur Ratsarbeit) Anträge, bringen diese in eine fiktive Ratssitzung ein und treffen Entscheidungen, die dem Rat als Informationsdrucksache vorgelegt werden. Ziel dieses Angebotes ist es, Jugendliche zu motivieren, sich am stadtpolitischen Willensbildungsprozess zu beteiligen und Öffentlichkeit für die Anliegen von Jugendlichen zu schaffen. Das Planspiel „Pimp Your Town!“ wird einmal jährlich durchgeführt. Interessierte Schulkassen können sich nach einer Ausschreibung um die Teilnahme bewerben.

Die 13. fiktive Sitzung des Rates im Planspiel „Pimp Your Town!“ fand am 06. September 2022 im Ratssaal des Neuen Rathauses statt.

Folgenden Schulen waren am Projekt Pimp Your Town! Hannover 2022 beteiligt:

- Realschule Misburg mit 25 Schüler*innen aus der Klasse 8
- Gerhart-Hauptmann-Realschule mit 28 Schüler*innen aus der Klasse 8
- Gymnasium Goetheschule mit 30 Schüler*innen aus der Klasse 6
- Franz-Mersi Schule mit 12 Schüler*innen aus den Klassen 9 und 10

Außerdem wurde das Projekt begleitet von der Ratsvorsitzenden des Rates Landeshauptstadt Hannover, Uta Engelhardt, sowie den Ratsmitgliedern der Landeshauptstadt Hannover: Britta Waase, Dr. Eva Möllring, Robert Nicholls, Claudia Bax, Norbert Gast, Liam Harrold.
Die Ratsvorsitzende Uta Engelhardt hat die abschließende Ratssitzung geleitet.
Das Projekt wurde von insgesamt 11 Mitarbeiter*innen des Teams von Politik zum Anfassen verteilt auf die jeweiligen Einsatzorte Realschule Misburg, Gerhart-Hauptmann-Realschule, Gymnasium Goetheschule und Franz-Mersi Schule durchgeführt.

Das Planspiel wurde koordiniert, vorbereitet durchgeführt und finanziert von dem Sachgebiet für Demokratische Bildung, Antidiskriminierung und gegen Rechtsextremismus (56.12) im Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, in Zusammenarbeit mit dem Verein Politik zum Anfassen e.V..

Vorbereitung der Politikklassen
In vier Doppelstunden bereiten sich die Klassen, betreut vom Projektpartner Politik zum Anfassen e.V., auf ihre Aufgaben vor. Sie informieren sich über Abläufe in der Kommunalpolitik

und formulieren als Fraktion Anträge. Die Schüler*innen werden von Pat*innen aus der Ratspolitik betreut. Die Inhalte der Anträge sind von den Teilnehmer*innen selbst erarbeitet worden. Die Schüler*innen der folgenden Schulen bildeten jeweils eine Fraktion: Realschule Misburg, Gymnasium Goetheschule und Franz-Mersi Schule.

Vorbereitung der Redaktionsklasse (Redaktionsteam)
Das Schüler*innen-Redaktionsteam, welches in diesem Jahr aus der teilnehmenden Klasse der Gerhart-Hauptmann-Realschule bestand, wird ebenfalls auf die Berichterstattung über das Planspiel vorbereitet. Recherchen, Interviewtechniken, Kameraarbeit und Social Media stehen dabei im Mittelpunkt.

Planspieltag
Das eigentliche Planspiel findet immer im Neuen Rathaus statt. Die Schulklassen bilden die jeweiligen Ratsfraktionen, die sich in drei Ausschüsse aufteilen.
In den drei parallel stattfindenden Ausschusssitzungen zu verschiedenen Themen und Schwerpunkten diskutierten die Politikklassen ihre Themen.
Die diesjährigen Ausschüsse waren wie folgt:

- Sozialausschuss
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen

Besonders zu beachten war in diesem Jahr, dass die Teilnehmer*innen aus der Franz-Mersi Schule den Förderschwerpunkt “sehen” hatten.

Abschließend kommen alle Schüler*innen in einer großen fiktiven Ratssitzung im Ratssaal, geleitet von der Ratsvorsitzenden, zur Abschluss-Debatte zusammen.

Ergebnisse
Die Ergebnisse des Planspiels werden dann in einer Dokumentation zusammengefasst und dem Rat sowie der Verwaltung in Form einer Informationsdrucksache vorgelegt. Dadurch haben die Schüler*innen die Gelegenheit, sich direkt am politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess der Stadtpolitik zu beteiligen.

Insgesamt werden von drei Schüler*innen-Fraktionen 45 Anträge erarbeitet und in den Ausschusssitzungen behandelt worden. In die abschließende Ratssitzung wurden schließlich 18 Anträge eingebracht, wovon 17 eine Mehrheit fanden.

Von der Schüler*innen-Ratsversammlung mehrheitlich angenommen 2022

Antragstellerin		Antragstext
Gymnasium Goetheschule		
TOP 1 Abstimmung/Rat / / (Ja/Nein/Enthaltung)	**Mehr Schwimm-bäder**	Der Rat möge beschließen, dass es mehr und größere Schwimmbäder in Hannover gibt **Begründung** Wir stellen den Antrag, weil es wenige Schwimmbäder gibt und viele in der Umgebung schwimmen lernen möchten und keinen Schwimmbäder in der Nähe haben.
Realschule Misburg		
TOP 2 Abstimmung/Rat 50/0/1	**Mehr Sitzbänke**	Der Rat möge beschließen, dass mehr Sitzbänke gebaut werden **Änderungen / Ergänzungen** Im Ausschuss: Besonders in diesen Vierteln/Stadtteilen: Misburg, Bootfeld, Kröpcke, Steintor, Aegi, Roderbruch **Im Rat**: Bänke an Nebenstraßen, nicht an Hauptstraßen **Begründung** Ältere Leute können sich dort hinsetzen und eine Pause machen. Jugendliche können dort besser chillen, als zum Beispiel auf Spielplätzen. Die Bänke sollen an Haupt- und Nebenstraßen gebaut werden.
Franz Mersi-Schule		
TOP 3 Abstimmung/Rat 32/5/14	**Mehr Trinkmög-lichkeiten (kosten-los)**	Der Rat möge beschließen, dass mehr kostenlose Trinkmöglichkeiten in ausgewählten Gebieten gebaut werden. **Änderungen / Ergänzungen** Im Ausschuss: Orte wie Kröpcke, Aegi, Hauptbahnhof, Opernplatz **Begründung** Dieses Thema ist wichtig, weil viele Menschen im Sommer dehydrieren und sich möglicherweise verletzen könnten. Das Problem könnte gelöst werden, indem zum Beispiel Trinkbrunnen gebaut werden.

Gymnasium Goetheschule

TOP 7 Abstimmung/Rat 48/0/3	**Mehr Mülleimer**	Der Rat möge beschließen, dass mehr Mülleimer gebaut werden. **Begründung** Weil manche Mülleimer zu voll sind und da kein Müll mehr rein passt. Bei manchen Stellen gibt es gar keine Mülleimer und man könnte sie gebrauchen.

Realschule Misburg

TOP 14 Abstimmung/Rat 27/5/19	**Straßenbeleuchtung verbessern**	Der Rat möge beschließen, dass die Straßenbeleuchtung verbessert wird. **Begründung** Mehrere Lampen haben einen Schaden oder funktionieren nicht. Mehr Lampen bedeuten ein höheres Sicherheitsgefühl für die Leute, die draußen abends unterwegs sind. Es sollte mehr Beleuchtung bei den Gehwegen oder Straßen geben. Die nachtblinden Leute können dadurch viel besser sehen.

Franz Mersi-Schule

TOP 15 Abstimmung/Rat 49/0/2	**Bessere bzw. mehr Markierungen für Sehbehinderte**	Der Rat möge beschließen, dass mehr Markierungen an den Kanten von Straßen oder Treppen angebracht werden. **Begründung** Es wäre viel einfacher für Sehbehinderte, wenn an Straßenrändern und an den Treppen Markierungen angebracht werden. Ohne diese wäre es für Sehbehinderte viel schwieriger, sich am Straßenverkehr zu beteiligen.

Franz Mersi-Schule

TOP 18 Abstimmung/Rat 35/1/15	**Mehr Bäume am Straßenrand**	Der Rat möge beschließen, dass an Verkehrswegen Bäume gepflanzt werden. **Begründung** Wir als Fraktion wünschen uns, dass Bäume an Straßenrändern gepflatzt werden, um einen naturellen Eindruck zu erschaffen und damit die Bäume die umliegende Luft reinigen.Vermutlich sogar die Nachhaltigste. Sie trägt positiv zur Energiewende bei und reduziert CO2-Emissionen.

Realschule Misburg

TOP 20 Abstimmung/Rat 37/9/5	**Wasserspender**	Der Rat möge beschließen, dass es mehr Wasserspender in Schulen, Parks, auf Spielplätzen, in Unis und Hochhaussiedlungen gibt. **Begründung** Wenn Leute Durst haben und draußen sind können sie jederzeit trinken.

Gymnasium Goetheschule

TOP 25 Abstimmung/Rat 28/0/23	**Mehr Natur**	Der Rat möge beschließen, dass es mehr Natur gibt. **Änderungen / Ergänzungen** Statt Natur: Grünflächen **Begründung** Für unsere Gesundheit. Für die Schönheit, damit es schön ist. Für die Tiere, weil Tiere manche Pflanzen essen. Für die Kinder, weil Kinder Pflanzen sammeln mögen.

Gymnasium Goetheschule

TOP 28 Abstimmung/Rat 29/0/22	**Mehr Kleingärten**	Der Rat möge beschließen, dass mehr Kleingärten entstehen (gebaut werden). **Begründung** Es soll grüner in Hannover werden, bessere Luft entstehen und es soll mehr Pflanzen in Hannover geben. (Damit es schöner und besser riecht und aussieht).

Realschule Misburg

TOP 29 Abstimmung/Rat 32/0/19	**Blumenbeet**	Der Rat möge beschließen, dass es in Gärten, Schulen und in der Stadt mehr Pflanzen gibt. **Begründung** Es wird klimaneutral, ist gut für die Umwelt.

Franz Mersi-Schule

TOP 30 Abstimmung/Rat 12/0/39	**Kampagne für die Umwelt**	Der Rat möge beschließen, dass es Kampagnen für die Umwelt gibt. **Begründung** Wir stellen diesen Antrag, weil es zu wenige Kampagnen für die Umwelt gibt, damit die Umwelt geschützt wird. Der Schutz der Flora und Fauna sollte mehr Präsenz erhalten.

Realschule Misburg

TOP 32 Abstimmung/Rat 34/6/11	**Verbesserung des Jugendzentrum Misburg**	Der Rat möge beschließen, dass das Jugendzentrum in Misburg verbessert wird, damit die Kinder Spaß haben können. **Änderungen / Ergänzungen** Alle Jugendzentren in Hannover **Begründung** Das wäre gut für die Kinder, damit sie Spaß haben können und ihre Hobbys ausüben können zum Beispiel Basketball, Boxen, Gym, Kunst und andere Kurse die sie wollen. Es soll Angebote ab 13 oder älter geben und außerdem soll es ein Angebot für kleine Kinder geben.

Franz Mersi-Schule

TOP 33 Abstimmung/Rat 10/32/9	**Günstiger ÖPNV**	Der Rat möge beschließen, dass es einen vergünstigten Tarif für den ÖPNV gibt. **Änderungen / Ergänzungen** Für Personen über 65 und unter 18 **Begründung** Damit der ÖPNV für mehr Leute zur Verfügung steht. Wenn Mehr Leute den ÖPNV nutzen, wird unsere Umwelt geschont, weil der ÖPNV momentan zu teuer ist und dann weniger Leute Auto fahren.

Realschule Misburg

TOP 35 Abstimmung/Rat 37/0/14	**Mehr Obdachlosenunterkünfte**	Der Rat möge beschließen, dass mehr Obdachlosenunterkünfte gebaut werden **Begründung** Obdachlose sollten Unterkünfte zum Schlafen, Essen und Trinken haben. Es wäre eine gute Idee, den Obdachlosen zu helfen, einen Job zu finden, damit sie nicht auf der Straße leben müssen und Geld verdienen können. Es ist besser, wenn mehr Obdachlosenunterkünfte gebaut werden, weil es nachts gefährlich auf der Straße sein kann.

Franz Mersi-Schule

TOP 36 Abstimmung/Rat 34/5/12	**Ausstattung im Krankenhaus**	Der Rat möge beschließen, dass es im Krankenhaus bessere Ausstattung geben soll zum Schutz vor Viren. **Begründung** Wichtig ist das Thema, weil viele Krankenhäuser überlastet waren in der CoronaPandemie. Viele Krankenschwestern gab es auf Dauer nicht oder mussten länger Überstunden machen. Außerdem fehlten viele Beatmungsgeräte in der Corona Pandemie.

Gymnasium Goetheschule

TOP 37 Abstimmung/Rat 29/7/15	**Mehr Krankenhäuser**	Der Rat möge beschließen, dass es mehr Krankenhäuser in Hannover geben soll. Änderungen / Ergänzungen Mehr Ausstattung im Personal **Begründung** Wenn man verletzt oder krank ist, ist es gut, dass man schneller ankommt und schneller versorgt wird, damit es nicht schlimmer wird. Damit es nicht zu viele Menschen in einem Krankenhaus sind, damit man schneller versorgt wird.

Gymnasium Goetheschule

TOP 40 Abstimmung/Rat 41/2/8	**Mehr Einrichtungen für behinderte Menschen!**	Der Rat möge beschließen, dass es mehr Einrichtungen für behinderte Menschen geben soll. **Begründung** Uns ist das Thema wichtig, weil die meisten behinderten Menschen nicht die Dinge tun können, die nicht behinderte Menschen tun können und durch die Einrichtungen können sie wenigstens ein paar Dinge tun. Durch die Einrichtungen werden sie auch in die Gesellschaft eingegliedert. Sie fühlen sich dadurch wohler.

Dokumentation: Moraghebi (50.62)